ZECK

15 Jahre Flora

Die Gunst dem Pöbel

Vorwort

Zwischen Sommerloch und Winterschlaf steht gewöhnlich der heiße Herbst, dessen Höhepunkte wir euch mit dieser Ausgabe präsentieren wollen. Ganz vorne sind da natürlich die Feiern, Diskussionen und Aktionen anläßlich des 15jährigen Bestehens der Roten Flora; zwischendurch sollte es dann zur bundesweiten Arbeitsamtdemo nach Nürnberg (6.11.) gehen, ein Abstecher zur Castorblockade ins Wendland gleicht das Stadt-Land-Gefälle aus und falls dann die Verhältnisse immer noch stehen bleibt der Bettlermarsch am 13.11. Für den Fall, dass die Herrschenden sich immer noch nicht beeindruckt zeigen, bieten wir euch einige Texte an, die zu weiterführenden Diskussionen führen sollten, so dass der diesmal kurz zu haltende Winterschlaf in ein reflektierteres Frühjahrserwachen übergehen kann, in dessen Folge wir am 3.1.05 im Rahmen der bundesweiten Aktion Agenturschluß die letzten Insignien einer vergangenen Epoche schleifen können.
Wenn unser Taschenrechner nicht lügt, wir die gegenwärtige Sternenkonstellation richtig gedeutet haben und unser Gefühl nicht trügt, dann können wir zum nächsten Jahr nach erfolgreicher Selbstaufhebung die Arbeit einstellen. Kein Gejammer mehr, keine Klagen, kein Frust, sondern einfach sagen zu können: wir sind überflüssig ! Für dieses Ziel kämpfen wir und bitten euch um Unterstützung.

Zum Heft: Neben den Beiträgen zu sozialen Kämpfen und kleineren Geschichte, drucken wir noch zwei Stellungnahmen zum Antisemitismuspapier der Flora ab, das – wie sollte es anders sein – viel Unmut hervorgerufen hat. Kurzfristig hat uns auch noch eine Stellungnahme der Hamburger Studienbibliothek zum Thema erreicht, die wir aber allein des Umfangs wegen nicht verarbeiten konnten und deshalb erstmal in den Ordner wandert. Inhaltlich ist uns auch nicht ganz klar, warum wir Texte von Leuten erhalten, die dem ersten flüchtigen Blick nach, sich darüber beschweren, ihre Energie in den Kleinkrieg mit einer aufklärungsresistenten Linken stecken zu müssen, anstatt "vernünftige Debatten" zu führen. Also liebe Hamburger Studienbibliothek: Kein Mensch zwingt euch zu eurem nach eigenem Bekunden masochistischen Tun, ist doch auch wirklich ein zermürbendes Unterfangen, immer wieder Texte zu schreiben, deren Resultate schon feststehen und deren Adressat – die Linke – nur noch "mit ihrer ureigenen Version der Judenfrage" beschäftigt ist. Was ihr als lebendige, leidenschaftliche Kritik verkauft, die ihr den scheintoten Konsensbekundungen der Linken (sei es Flora, sei es "Hamburger Erklärung") gegenüberstellt, erscheint uns eher als ein ressentimentgeladenes Rätsel.
However: Es klingt immer so ähnlich wie die Bahamas-Drohung, mit uns oder der Linken oder wem auch immer ja gar nicht mehr reden zu wollen, uns mit voller Verachtung und Ignoranz zu strafen usw. Ist ok, schickt uns, wenn ihr wollt, eine abgespeckte Version, vielleicht mal ein paar knackige Thesen anstatt ellenlang prosaische Elaborate. In unserem unendlich aufklärungsresistenten Pluralismus, würden wir das dann vielleicht drucken.

Im übrigen haben wir uns entschieden, eine Zäsur innerhalb der Linken einzuleiten und von der geschlechterrevisionistischen Kleinschreibung im letzten Heft zu einer Großschreibung mit antipatriarchalem großen I überzugehen. Dieser Schritt war längst überfällig. Viel zu lange schon hat die Linke den patriarchalen Kern der Kleinschreibung ausgeblendet und von dessen destruktiven Strukturen partizipiert. Eine Linke, die in der Zukunft den Schritt nicht schafft, sich ohne Einschränkung zur Schreibweise mit großem I zu bekennen, wird im besten Fall in Bedeutungslosigkeit enden, im schlechtesten aber zu einem reaktionären Moment werden, das sich jedweder wirklichen Emanzipationsbestrebung entgegengesetzt ist. Wir werden an diesem Punkt in unseren Diskussionen und Auseinandersetzungen, nicht stehen bleiben, sondern sehen dies lediglich als Etappe im kompromißlosen Voranschreiten aller progressiven Kräfte auf dem Weg von der Revolte zur Revolution.

Venceremos
Z.

Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-habe-name« ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (Mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag

Aufruf zum III. Bettlermarsch
Auftaktkundgebung: Spielbudenplatz
Abschlusskundgebung: Gerhardt-Hauptmann-Platz
Samstag 13.11. um 12.30 Uhr

Gute Gründe für die Teilnahme am Bettlermarsch:
Die "Reformen" der Agenda 2010 lassen immer mehr Menschen in diesem Land in Angst vor Verarmung leben. Das diese Ängste begründet sind, wurde umso klarer, je mehr der Inhalt von Hartz IV als Bestandteil der Agenda 2010 öffentlich wurde. [...]

Auf Länderebene, das heißt für uns durch die Freie und Hansestadt Hamburg, greift die Hartz IV-Gesetzgebung und die vom Hamburger Senat betriebene Politik des sozialen Kahlschlags in verhängnisvoller Weise ineinander. Gelder für soziale Einrichtungen wie Frauenhäuser, AIDS-Hilfe, Schuldnerberatung, Verbraucherzentrale, Drogenhilfe usw. usw. werden durch den Hamburger Senat gekürzt oder auch eingespart, um so mit den freiwerdenden Mitteln Prestigeprojekte zu finanzieren. Führt die Politik des Bundes zur materiellen Verarmung, trägt diese Politik des Hamburger Senats zur psychischen Verarmung der Menschen bei. Soziale Einrichtungen wie das CAFÉE mit Herz und deren ehrenamtlichen HelferInnen, die keine staatlichen Zuwendungen bekommen, werden dieses nicht auffangen können.

Das CAFÉE mit Herz ruft alle Hamburgerinnen und Hamburger auf, sich durch die Teilnahme am III. Bettlermarsch gegen diese Politik der Verarmung und der sozialen Kälte einzureihen.
Weitere Informationen im Internet unter www.cafeemitherz.de

1400 Polizisten räumen Wagenplatz

Am 8. September waren 1400 Polizisten an der Räumung des Wagenplatz Wendebecken beteiligt. Nach der Räumung der Plätze Schützenstraße, Paciusweg und Bambule existieren jetzt in Hamburg noch fünf Wagenplätze - unter anderem die Henriette, die im Frühjahr eine Gnadenfrist erhalten hatte. Der CDU-Senat will sie bis 2006 aus dem Stadtbild der "wachsenden Stadt" vertrieben haben.

Kurz vor der Räumung schien noch eine politische Lösung möglich (eine Privatperson bot ein Ersatzgrundstück an), aber der Senat blieb bei seiner harten Linie.

Am Tag der Räumung hatte die Polizeiübermacht nicht so einen leichten Einsatz wie erhofft. Zwar waren nicht viele AktivistInnen auf der Straße aktiv, aber die Zufahrt zum Platz war mit mehreren Lock-Ons und Tripods blockiert.
Gesamtübersicht über Räumung des



Wagenplatz Wendebecken in Hamburg am 08.September.:

04:52 BGS Mannschaften beginnen sich in Alsterdorf an der Polizeiwache zu sammeln
06:47 Die Polizei umstellt das Wendebecken und ab Hellbrookstr. wird weiträumig abgesperrt +++ Die Räumung beginnt jetzt. Polizei fährt vor und hinter dem Wendebecken auf
06:58 Lock-ons und Tripots auf dem Platz, die Stimmung ist gut
7 Uhr kleine Spontandemo am Neuen Pferdemarkt
7:09 - Auf dem Wendebecken haben sich mehrere Menschen festgekettet, die Polizei betritt das Gelände
07:53 Fahrradblockade mit 20 Leuten in Fuhlsbüttlerstr. / Erste Ingewahrsahmnahmen
07:57 Ein Räumpanzer fährt auf das anliegende Schauspielhausgelände
7:54 - Polizei greift Leute ab, die nach Barmbek wollen ++ Weitere kleine Blockaden
8:25- Weitere Ingewahrsamnahmen am Platz / Die Polizei verweigert Anwälten und Kontaktpersonen sowie Demosanitätern den Zutritt zum Gelände.
08:35 Brennende Altpapiercontainer im Großraum Barmbek. ++ Das Tor ist offen, die zwei Menschen, die dort angekettet waren, sind losgelöst und wurden mitgenommen
8:25 - Die Polizei versucht weiterhin die angeketteten Personen loszulösen
09:01 Alle UnterstützerInnen wurden mittlerweile vom Platz gebracht, Anwälte werden weiterhin nicht auf den Platz gelassen.
09:13 Die Polizei versucht die Stahlbeine der Tripods abzusägen, die sich dort befindlichen Menschen werden damit in Gefahr gebracht aus 8m Höhe auf den Asphalt zu fallen. ++ Jegliche Presse wird von den Tripods weggetrieben - Pressekommunikation wird verweigert
09:31 Der erste Tripod wurde unter Spott der Polizisten über die Angst der oben sitzenden Menschen abgebaut, die AktivistIn wurde in einen Gefangenentransporter gebracht. Die Presse wurde währenddessen hinter einen Wagen abgedrängt.
10:30 Spontandemo Feldstrasse / Presse wird vom Platz geworfen / Radlader fahren aufs Gelände / Polizei versucht die Tonnen samt Menschen vom Gelände zu ziehen
9:49 - Beide Tripods und eine Tonne wurden geräumt
12:38 - Die Demo in der Mönkebergstrasse wurde aufgelöst
12:20 - Demo an S-Sternschanze zu Ende, weiter geht es im Moment auf der Mönckebergstraße (City)
11:56 - Der Kran ist abgezogen / Bislang 28 Ingewahrsamnahmen, 3 Festnahmen
12:34 Die Polizei beginnt, den ersten Wagen vom Platz zu schleppen
13:00 Spontandemo ab Gänsemarkt / Eine Person, die an einer Tonne festgekettet war, ist mit leichter Armverletzung im Krankenhaus behandelt worden und um ca. 12:20 in die Freiheit entlassen worden.
14:50 letzte Aktivistin aus Betontonne befreit die restlichen Bauwagen werden abtransportiert, bzw. durch das Bezirksamt beschlagnahmt
21:15 Demonstration ist um 21h mit 1500 Schanzenviertel ohne grössere Zwischenfälle beendet worden.

Spendenaufruf des Cafe Exil

"Seit 1995 unterstützt das Café Exil Flüchtlinge im Umgang mit den deutschen Aufenthalts- und Asylbewerbergesetzen und beim Kontakt mit der Hamburger Ausländerbehörde. Wir informieren sie über das Asylverfahren und ihren Aufenthaltsstatus, begleiten sie bei Behördenbesuchen und vermitteln ihnen sachkundige Anwälte und für ihre Situationen passende Beratungsstellen. Durch unsere Arbeit wollen wir uns gegen die repressive, unserer Meinung nach menschenverachtende Flüchtlingspolitik des Hamburger Senates und der Bundesregierung wehren und Menschen, die aus ihrer gewohnten Umgebung fliehen mussten, helfen, ein menschenwürdigeres Leben zu führen. Alle Mitarbeit im Café Exil ist ehrenamtlich und unentgeltlich, die laufenden Kosten für Miete und Telefon finanzieren wir nun seit fast 10 Jahren über Spenden. Leider ist unser Konto

jetzt so gut wie leer, das Café Exil steht kurz vor dem aus. Deshalb: Wir brauchen dringend Geld, um die Miete zu bezahlen, freuen uns aber auch über jede andere Hilfe. Bitte überweist Eure Spenden auf folgendes Konto oder besucht uns mal! Wenn Ihr hilfesuchende Menschen gegenüber Hamburger Senat und Ausländerbehörde nicht alleine lassen wollt, lasst uns nicht im Stich! Das Café Exil liegt direkt gegenüber der Ausländerbehörde und hat Mo, Di, Do, Fr von 8-14 Uhr geöffnet, Mi von 12-15 Uhr. Unsere Bankverbindung ist: VVN/ BdA Haspa (BLZ 200 505 50) Kontonr. 1211/126923 Stichwort: Info-Café (Wichtig damit die Spende zugeordnet werden kann)"

Infoladen Flensburg braucht Geld

Seit Januar 2004 gibt es auch in Flensburg wieder einen Infoladen. Linksradikale Inhalte werden hier in allen Lesevariationen vom Flugblatt über Zeitschrift und Buch bis zum Internetzugang geboten. Dazu kommt ein breites Angebot an Musik, T-Shirts und ähnlichem. Nicht zuletzt ist das "subtilus" einer der wenigen unkommerziellen Räume in Flensburg, wo Mensch in Ruhe Kaffee trinken, reden, diskutieren oder an subversiven Aufrufen basteln kann. Der Laden ist zweimal die Woche geöffnet und zu aktuellen Anlässen.

Bis jetzt läuft das alles ganz gut (auch wenn noch mehr BesucherInnen toll wären...). das liegt aber unter anderem daran, dass die Miete bisher von den BewohnerInnen des angeschlossenen Wohnprojekts aufgebracht wurde. Wegen einer Mieterhöhung ist das künftig nicht mehr möglich. So sind wir ab jetzt auf Spenden angewiesen, um den regelmäßigen Betrieb aufrecht zu erhalten. Am besten per Dauerauftrag (schön wären 5 Euro, mehr oder weniger ist auch gut) auf:
Subtilus, Kontonummer 8201097
Hypo Vereinsbank, BLZ 20030000

Infoladen Subtilus, Norderstr.41, 24939 Flensburg, Tel. 0461-5058233, Fax 0461-5058234, e-mail subtilus@zeromail.org
Öffnungszeiten:
Dienstags 15-18Uhr
Donnerstags 16-20 Uhr

Aneignung gefällig? Hamburg umsonst cafe!

Ab 27.10.04 jeden letzten Mittwoch im Monat im Buttclub (St.Pauli Hafenstrasse 126), ab 20 Uhr
Das Cafe ist seine gäste!
Kneipe und DJ`s, filme zum thema, "yomango"-dinner mit gemeinsam geklauten leckereien, gegenseitiges kennenlernen, austausch von tipps, tricks und handwerklichen hilfestellungen zwecks aneignung, ein forum für anstehende aktionen... sind nur einige möglichkeiten, den abend zu feiern.
Den cafe-rahmen sprengen!
Wichtig ist uns, an bestehende individuelle aneignungspraxen anzuknüpfen, um daraus kollektive widerstandsformen zu entwickeln. Statt also z.B. nur alleine in der u-bahn ohne ticket zu schwitzen, kann das recht auf mobilität auch erkämpft werden – indem wir es uns gemeinsam und sichtbar einfach nehmen. Und zum schönen leben gehört noch viel mehr: gesundheitsversorgung, zugang zu bildung, vergnügen, wohnen, ...
Aneignung gefälligst!
Der abend soll nicht nur gelegenheit zu ersten fragen zu hamburg umsonst bieten: auch wollen wir miteinander über mögliche perspektiven des sozialen widerstandes diskutieren, dabei selbstverständlichkeiten in frage stellen, um kämpfe für andere verhältnisse anzustoßen.
Also: kalender raus, balduintreppe runter, 30 meter nach rechts – und rein in den buttclub!

Dokumentation: Hamburger Morgenpost 14.10.2004 Anschlag auf Arbeitsamt

Hass auf Hartz IV Täter werfen in Altona Scheiben ein Hartz IV ruft Wut und Ärger in der Bevölkerung hervor. Jetzt schlugen Unbekannte aus Frust über die Reform zu. Sie verübten einen Anschlag auf die Agentur für Arbeit an der Kieler Straße (Altona). "Weg mit Hartz IV! Alles für alle!" ist mit orangener Farbe an die Fassade und auf den Gehweg gesprüht. Die Fensterscheiben im Eingangsbereich sind eingeworfen - mit Pflastersteinen. Überall an der Tür pinke Farbe. Unbekannte Täter verübten den Anschlag auf das Arbeitsamt am Dienstag zwischen 18.30 und 5.55 Uhr. Als der Hausmeister morgens zur Arbeit kam, entdeckte er die Zerstörung. Er alarmierte die Polizei. Von den Tätern fehlt bislang jede Spur. Die Polizei sucht Zeugen."

Dokumentation: Hamburger Morgenpost 29.10.2004 Brandanschlag auf Ortsamt

Unbekannte verübten gestern Nacht einen Brand-Anschlag auf die Ortsdienststelle Farmsen-Berne am Berner Heerweg. Um kurz vor 3 Uhr wurde die Feuerwehr alarmiert. Die Täter hatten mehrere mit Benzin gefüllte Flaschen durch die Fensterscheibe geworfen. Genau der Raum, in dem Mitarbeiter des Sozialamts sitzen, wurde durch die Flammen zerstört. War es der Racheakt eines Bürgers? "Das Motiv ist bisher unklar", sagt Polizeisprecherin Christiane Leven."

Propagandaveranstaltung der Parkzerstörer abgebrochen

Die am 21.10.2004 in der Aula der Schule Altonaer Strasse veranstaltete öffentliche PR-Show zum geplanten Umbau des Wasserturms im Schanzenpark musste nach ca. 35 Minuten aufgrund massiver Proteste abgebrochen werden. Am gestrigen Abend, 21.10.2004, fand vor ca. 200 bis 250 meist begeisterten ZuhörerInnen die öffentliche PR-Show von Mövenpick, Patrizia Projektentwicklung GmbH und Bezirksamt Hamburg-Eimsbüttel zum geplanten Umbau des Wasserturms im Schanzenpark statt. Mit so einem Andrang war wohl nicht gerechnet worden, das massive Polizeiaufgebot und der zusätzlich eingesetzte private Wachschutz erklärten schon kurz nach 19.30 Uhr den Versammlungsraum für voll, so dass ca. 50 bis 100 weitere interessierte Menschen nicht mehr daran teilnehmen konnten. Im Saal selbst war die Stimmung nahezu euphorisch, es wurde geklatscht, gejubelt, es wurden Sprechchöre angestimmt und Transparente gezeigt. Doch auch hier gab es wieder einmal technische Probleme, Mikrofon und Projektor fielen zeitweilig aus und die Luft wurde zunehmend schlechter. Nach ca. 35 Minuten wurde zum Leidwesen fast aller Anwesenden diese Veranstaltung abgebrochen.

Das "FREIE NETZWERK ZUM ERHALT DES STERNSCHANZENPARKS" bedauert diese Entwicklung, hofft aber, dass dieser Abend die Möchtegernhotelbauer und politische Entscheidungsträger nicht nur verunsichert, sondern auch zum Nachdenken gebracht hat. Allen Beschwörungsformeln zum Trotz hat sich der Widerstand gegen die Zerstörung des Schanzenparks keinesfalls erledigt, sondern erreicht mit dem gestrigen Abend eine neue Phase. Das Freie Netzwerk für den Erhalt des Schanzenparks bedankt sich bei allen Menschen, die so zahlreich erschienen sind - bis bald! Am Tag X - Baubeginn - wird es um 18.00 Uhr eine Demonstration ab S-Bahnhof Sternschanze geben

Dokumentation: "DIE PROZESSE GEHEN WEITER – UNSER WIDERSTAND AUCH!

Wir haben in der Nacht vom 6. auf den 7. 09. mal wieder den Eingangsbereich des Gerichts in Altona mit Farbe verschönert. Im Gericht fand am 7. September ein erneuter Prozess wegen der Harkortstraßen-Besetzung statt. Die Verhandlungen mit der Staatsanwaltschaft alle 84 Prozesse einzustellen sind für beendet erklärt worden, nachdem die Staatsanwaltschaft den Vorschlag unterbreitete, die Verfahren nur teilweise gegen Geldstrafen einzustellen. Ausgenommen dabei waren die GenossInnen die schon vorbestraft oder ähnliches sind. Das ist natürlich vollkommen indiskutabel. Es werden alle Prozesse durchgezogen und durch vielfältigen Widerstand im Gerichtssaal, auf der Straße und an anderen Plätzen und auf verschiedene Art und Weise begleitet und unterstützt. Wir haben uns übrigens sehr darüber gefreut dass so viele Menschen an der Solidemo wegen der Räumung des Wendebeckens teilgenommen haben und es im Anschluss Angriffe auf Bullenfahrzeuge gab.

FÜR MEHR POLITISCH MOTIVIERTE STRAFTATEN! – BAMBULE – PROZESSE EINSTELLEN!

Einige Autonome

Vom 5. bis zum 8. Mai 2005 findet der 28. Kongress der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) in Hamburg statt.

Die Vorbereitungen haben begonnen und viele Menschen freuen sich schon: Im Mai nächsten Jahres kommt der 28. BUKO (Bundeskongress der Bundeskoordination Internationalismus) für ein Wochenende (5.-8.05.05) nach Hamburg. Dieser Kongress muss natürlich organisiert werden und deswegen laden wir Euch alle herzlich ein, den BUKO28 mitzugestalten und -vorzubereiten.

Lokale Vorbereitungstreffen
Die Vorbereitungsgruppe für den BUKO 28 kann auf jeden Fall noch eine Menge Verstärkung gebrauchen, und wir würden uns freuen, wenn etliche weitere Einzelpersonen und Gruppen in diese Arbeit einsteigen würden. Wir denken, dass es eigentlich eine ganze Reihe "Andockmöglichkeiten" für ganz unterschiedliche Arbeitsfelder und politische Praxen gibt.

Wir treffen uns ein Mal im Monat an jedem ersten Donnerstag zur organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitung des BUKO 28. Bei Interesse wendet Euch bitte an die BUKO-Geschäftsstelle. Die nächsten Termine der lokalen BUKO 28-Vorbereitung: Do., 4.11., 19 Uhr - Do., 2.12., 19 Uhr.

Bundesweites Vorbereitungsseminar
Die Konstituierung einer bundesweiten Vorbereitungsgruppe soll dann beim bundesweiten Vorbereitungswochenende vom 19.-21.11. ebenfalls in Hamburg stattfinden. Für dieses Wochenend-Seminar bitte wir um eine formlose Anmeldung unter Angabe von Name und Adresse. Anmeldungen bitte an die BUKO-Geschäftsstelle oder per mail.

Im Folgenden dokumentieren wir den Stand der Diskussionen der Hamburger Vorbereitungsgruppe:

"Innere und äußere Landnahme" ist der vorläufige Arbeitstitel für den Kongress im Mai 2005 in Hamburg. Wir beabsichtigen damit Brückenschläge in vielfältige Richtungen: hin zu den neueren Debatten um Imperialismus und Empire oder zu den Fragestellungen von Kolonialismus und Postkolonialismus.
Natürlich geht es dabei um die Facetten der "Landnahme von oben", um die vielfältigen Zugriffe des globalisierten Kapitalismus auf Regionen, Territorien, Körper, materielle und immaterielle Ressourcen. Der perspektivische Ausgangspunkt jedoch ist der globalisierte Widerstand gegen diese Zugriffe, der Kampf um selbstbestimmte Kontrolle über die natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen, die Grenzsetzungen von unten gegen den grenzenlosen Verwertungsanspruch und nicht zuletzt die Formen und Praxen einer neuen emanzipatorischen Inbesitznahme der Welt und ihrer Möglichkeiten.
In diesem Sinne soll der BUKO 28 die Bewegungsorientierung und die Thematiken der letzten Treffen genauso mit aufgreifen und weiterdiskutieren, wie die Debatten der jüngsten Konferenzen zu Globalisierung, Kolonialismus, Migration und Prekarität. Der BUKO 28 will nach Querverweisen und Bezügen zwischen den unterschiedlichen Bewegungen um Weltbürgerschaft und soziale Rechte suchen.

In den bisherigen Vorbereitungstreffen haben wir versucht, das Thema zu konkretisieren:

* An welchen Punkten manifestieren sich die Kämpfe um Landnahme?
* Wer sind die Akteure/Subjekte?

Vier Bereiche sollen diese Fragen strukturieren:

Natur:
Hierzu gehören etwa die Kämpfe um natürliche Ressourcen wie Wasser und Boden, die Auseinandersetzungen um die Gentechnologie und die Kontrolle von Saatgut, der Widerstand gegen Biopiraterie oder auch der Kampf gegen Eugenik.

Gesellschaft:
Stichworte hier wären der Widerstand gegen die Privatisierung öffentlicher Güter, die Auseinandersetzungen um die Nutzung und die Kontrolle öffentlicher Räume, die Kämpfe gegen urbanes Facelifting und für andere Wohnformen. Die Debatten um freie Netze sind hier genauso angesiedelt wie die unterschiedlichen Bewegungen gegen gesellschaftliche Ausgrenzungsmechanismen entlang eines zweifelhaften Begriffs von "Normalität".

Arbeit::
Das, was als Normalarbeitsverhältnis des 21. Jahrhunderts gilt, ist ein vielfältig umkämpftes Terrain. Es berührt die unterschiedlichen Facetten der Prekarisierung genauso wie die Kämpfe um die (Re-)Regulierung von Arbeit. Die Kon- flikte um den Zugang zum Weltarbeitsmarkt, die autonomen Migrationsbewegungen sind in diesem Bereich ebenso angesiedelt wie die Frage, was als "Arbeit" überhaupt gesellschaftlich anerkannt wird.

Kolonialismus:
Hier spielen etwa die Forderungen nach Reparationen eine Rolle, aber auch der Widerstand gegen neue Formen eines paternalistisch begründeten militärischen Interventionismus oder verschiedene Aspekte antirassistischer Kämpfe.

Es ist klar: All diese Bereiche und Themen sind nicht trennscharf abzugrenzen. Das ist auch nicht das Ziel, im Gegenteil: Auf die thematischen Verbindungslinien kommt es ebenso an wie auf die Verknüpfungen und Bezugspunkte unter den Kämpfen und Bewegungen. Aber mit dieser vorläufigen Strukturierung gibt es zumindest schon einmal ein paar Anhaltspunkte, an denen sich die BUKO-Vorbereitung weiter entlang hangeln kann.

Macht mit beim Projekt BUKO! Wir freuen uns auf Euch!

Zur Kaufhausplünderung während des BUKO 27:

Keine adäquate Solidaritätsbekundung mit den Kämpfen der Menschen und Gesellschaften im Süden.

Im Rahmen des diesjährigen BUKO Kongress in Kassel kam es am Aktionsnachmittag zu einem spontanen und ungeplanten Vorkommnis, bei dem in einem Kaufhaus der Kasseler Innenstadt Kleidungsstücke entwendet und an unbeteiligte Passant/innen verteilt wurden. Der Sprecher/innenrat der BUKO bedauert diesen Vorfall und hält diese Aktion sowohl in Form wie auch im Inhalt für falsch und nicht tragbar.

Angeregt durch Diskussionen mit verschiedenen Gruppen und Personen, darunter auch öffentlichen Geldgebern des BUKO 27, sehen wir uns veranlasst, offensiver als bisher unsere Ablehnung einer Aktion in der Kasseler Innenstadt am 22.5.04 zum Ausdruck zu bringen. Nicht zuletzt deswegen, weil die Aktion in der öffentlichen Wahrnehmung stark mit dem BUKO 27 und der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) als dessen Hauptveranstalterin identifiziert wurde.

In Zeiten, in denen Verteilungsspielräume verknappt werden, Armut steigt und individuelle Existenzsicherung bedroht ist, werden soziale Kämpfe zunehmend härter geführt. Dies ist ein globales Phänomen. Die Wahl der Mittel in sozialen Auseinandersetzungen hängt immer vom jeweiligen Kontext vor Ort ab. Eine Kaufhausplünderung heute in Argentinien ist etwas gänzlich anderes als eine in Kassel. Auch wenn man in mancher Hinsicht von einer "Drittweltisierung der Ersten Welt" sprechen kann, bleibt die Angemessenheit der Mittel in sozialen Protesten abhängig vom Akteur und dessen gesellschaftlicher Positionierung. Verteilungskämpfe sind eine Form der Kämpfe um Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum, eine andere Form ist die, die beim diesjährigen Kongress der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) in Kassel unter dem Begriff "Aneignung" diskutiert wurde.

Aneignung im hier diskutierten Sinn beschreibt nicht einfach ein "Nehmen-und-zwar-umsonst", vielmehr ist der Begriff "Aneignung" ein Vorschlag, wie man die gegenwärtige Situation und das Potential des Widerstandes in den Metropolen und der Peripherie aus einer bestimmten Perspektive heraus betrachten und beschreiben kann.

Aneignung wird gemeinhin diskutiert als Inwertsetzung immer weiterer gesellschaftlicher Bereiche – die Aneignung der Natur, genetischer Ressourcen, des Körpers, Beispiele, in denen bisher unerschlossene Bereiche dem Diktat des Profits unterworfen und kapitalisiert werden. Dagegen versuchten wir mit dem BUKO 27 einen Begriff der "Aneignung von unten" zu entwickeln. Eine "Aneignung von unten", die über eine rein defensive Verteidigung des Sozialstaates hinausreicht, die als offensiv gewendetes Projekt – auf die eigene Stärke bauend – Alternativen einer sozialen Aneignung der Welt diskutieren und ausprobieren will. Die schlichte Not der Einen vereint sich mit dem Anliegen Anderer, transparent zu machen, dass die Zumutungen der neoliberalen Politiken kein Sachzwang und nicht alternativlos sind. Die Diskussionen um Alternativen zwischen Nord und Süd sowie innerhalb der hiesigen Linken voranzutreiben ist hier ein wichtiges Anliegen. Dabei gibt es verschiedene Ansätze und auch Trennlinien. Widerstand gegen die Inwertsetzung genetischer Ressourcen beispielsweise verlangt andere und neue Formen des Protests. "Aneignung" ist ein Arbeitstitel, der unterschiedlichste Menschen mit entsprechenden Formen des Widerstandes zusammen in die Diskussion und so in einen Suchprozess nach gesellschaftlichen Alternativen bringen soll.

Beim Kongress BUKO 27 im Mai diesen Jahres sollte im Rahmen eines Aktionstages versucht werden, das Kongressthema "Aneignung" vor Ort zu kommunizieren und der Bevölkerung näher zu bringen. Eine Aussaat-Aktion der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie oder das Straßentheater der BUKO Pharmakampagne sind Beispiele gelungener Vermittlung durch öffentliche Aktion. Der Aktionsnachmittag war ein Experiment, das von den Teilnehmer/innen positiv aufgenommen und von verschiedenen Gruppen genutzt wurde.

Gleichwohl stieß das Konzept an seine Grenzen. Spontan hatte sich eine Gruppe zusammengefunden und in einem Kaufhaus der Kasseler Innenstadt Kleidungsstücke entwendet und an Passant/innen verteilt. Im Gegensatz zu den anderen Aktionen war diese nicht mit der BUKO abgesprochen. Die Aktion wurde dann während des Kongresses unterschiedlich bewertet und kontrovers diskutiert. Während sich in Publikationen und Artikeln vielfach positiv auf die Aktion bezogen wurde, gab es viele kritische Stimmen: Plünderungsaktionen seien in diesem Kontext nicht hinnehmbar, so die Einen; Andere betonten, dass das Thema Aneignung auf eine solche Weise nicht vermittelbar sei und der Aktion ein vereinfachter Begriff von Aneignung zu Grunde läge; wieder Andere kritisierten die Gefährdung von Flüchtlingen, die am Kongress teilnahmen, oder die Gefährdung der BUKO als Veranstalterin, die in der Öffentlichkeit mit dieser Aktion identifiziert werden würde.

Auch innerhalb der BUKO-Strukturen kam es zu unterschiedlichen Bewertungen. Die BUKO versäumte es in dieser Situation, mit einer eindeutigen Stellungnahme in die Öffentlichkeit zu gehen.
Der Sprecher/innenrat hält die Aktion sowohl in Form als auch im Inhalt für falsch und nicht tragbar.
Dabei beziehen wir uns auf die schon oben erwähnte Kritik. Wir hätten uns gewünscht, durch symbolische Aktionen eine Brücke zu schlagen zu der Frage nach sozialen Rechten und Ausschluss von der Teilhabe an gesellschaftlichem Reichtum. Die genannte Aktion sprengte diesen symbolischen Rahmen. Darüber hinaus betonen wir, dass sich Debatten und Aktionen innerhalb der BUKO und auf ihren Kongressen daran zu messen haben, ob sie einen Bezug zu den Lebensbedingungen und Kämpfen der Menschen und Gesellschaften im Süden herstellen. Linker Aktivismus, der den Ausschluss von gesellschaftlichem Reichtum kommunizieren möchte, kann sich zudem nicht auf einen Robin Hood-Gestus berufen, wenn er nicht an eine soziale Bewegung anknüpft, mit der er gemeinsam auch die Mittel seines Protestes reflektiert.

Der Sprecher/innenrat will mit dieser Positionierung nicht die Kongressteilnehmer/innen in Befürworter/innen und Kritiker/innen der Aktion sortieren, sondern dazu beitragen, dass Aktionsformen als Teil des politischen Inhaltes, den sie transportieren, reflektiert werden, um solcherlei Kurzschlüsse zukünftig zu vermeiden.

Anmerkung aus der Redaktion:
Gerne haben wir eine Ankündigung zum nächsten Buko ins Heft genommen. Sauer aufgestoßen ist uns aber gleichzeitig die Distanzierung der SprecherInnen von der hübschen Enteignungsaktion im Kassel. Wir halten Enteignungen für legitime Mittel des Protestes und gerade deshalb für positiv, weil sie die Ebene der Symbolik verlassen. An "seine Grenzen" stieß während dem letzten Buko offensichtlich nicht das Konzept Aneignung, sondern die öffentlich geförderte Struktur des Buko.

Wir wollen gar nicht alle Argumente des SprecherInnenrates zu Unsinn erklären. Die Situation von illegalisierten Flüchtlingen ist im Zusammenhang von Aktionen während des Kongresses ernst zu nehmen und auch eine Diskussion über Aneignung die über ein reines "Nehmen-und-zwar-umsonst" hinausgeht und internationale Bedingungen reflektiert, ist mehr als wünschenswert.

Schrecklich finden wir aber die Art der Distanzierung, den objektivierenden Blick auf positive Enteignungen "von unten" in Argentinnen und als "Robin-Hood-Gestus" bezeichnete Enteignungen hier. Der



SprecherInnenrat, erklärt als Maßstab der Legitimität von Enteignungen die Frage der Eingebundenheit in Massenbewegungen.

Dies halten wir für falsch, weil Massenbewegungen weder grundsätzlich negativ noch positiv sind, es kommt stattdessen immer auf die politischen Inhalte und die Praxis an. Massenbewegungen spielen eine Rolle bei der Bewertung der Intensität von Auseinandersetzungen, nicht aber bei der inhaltlichen Bewertung von deren Praktiken.

Zudem halten wir es für falsch mit der Entwicklung politischer Praxis zu warten bis eine diffuse Massenbewegung entstehen sollte, sondern wollen bestehende Widersprüche im hier und jetzt autonom weiterentwickeln. Dies sind auch Voraussetzungen, dass Bewegung als radikale linke Gesellschaftskritik überhaupt erst entstehen und auf politische Erfahrungen zurückgreifen kann.

Solidarität mit den Kämpfen im Trikont besteht dann, wenn eine aktive Linke hier, die dortigen Massenbewegungen nicht als glorifizierendes Phänomen betrachtet, sondern sich postiv auf deren Praxis bezieht und aus den eigenen Bedingen heraus, eine radikale Praxis weiterentwickelt und bisherige Sichtweisen infragestellt.

In diesem Sinne wünschen wir dem Buko-Kongress in Hamburg, dann auch ein Gutes gelingen. Mit viel kritischer Diskussion und einer Praxis, die die Welt der Symbolik ebenso charmant verläßt, wie die BesucherInnen des Buko in Kassel die dortige H&M Filialle verlassen haben.

In aller Eile
Red.

15 Jahre besetztes autonomes Zentrum 15 Jahre Rote Flora

Flora ist....

Seit dem 23.09.1989 existiert die Flora als selbstverwaltetes politisch-kulturelles Zentrum, seit dem 01.11.1989 ist sie besetzt. Das Projekt hat viel Unterstützung bekommen und Unmut auf sich gezogen, Brände überstanden und sich in gesellschaftliche Konflikte eingemischt. Die Flora ist ein Raum, der von den verschiedensten Zusammenhängen und Gruppen genutzt wird und sich dadurch mit den unterschiedlichsten Inhalten und Aktivitäten füllt. Es wird zu politischen Themen gearbeitet - von Antifa bis Antiatom trifft sich hier vieles -, es gibt Räume für eine Food-Coop, Sportgruppen und Bands, die diese mietfrei nutzen können, die Vokü kocht billig, vegan und lecker, die Cafes bieten die Möglichkeit mal reinzuschnuppern. Eine offene Druckwerkstatt, ein Atelier, Motorradselbsthilfe, Fahrradwerkstatt und das Archiv der sozialen Bewegungen runden das Ganze ab.



Die Rote Flora steht für den Versuch, Gegenkonzepte zur kommerziellen Verwertung des öffentlichen Raumes praktisch umzusetzen. Ziel war und ist es, den Einfluss von städtischer Politik und ökonomischen "Sachzwängen" so weit wie möglich zurückzudrängen, damit eigene Konzepte der Nutzung und Bestimmung dieses Raumes entwickelt werden können. Entscheidungen werden gemeinsam im Konsens getroffen und getragen, es gibt weder bezahlte Stellen noch bereichert sich jemand persönlich. Diese Organisationsformen haben sich in 15 Jahren Praxis bewährt.

Flora – eine Erfolgsgeschichte?

Flora ist 15 Jahre alt, Grund genug zu feiern. Vielmehr aber auch Anlass, kritische Blicke vor und zurück zu werfen. In 15 Jahren gab es unzählige Menschen die an diesem Projekt mitgewirkt haben, viele sind an eigenen, politischen oder strukturellen Problemen gescheitert.

Flora ist immer das, was Menschen in sie einbringen. Das bietet ungeahnte Möglichkeiten. Wie kann das Projekt funktionieren? Das bietet ungeahnte Probleme. Die reale Umsetzung politischer Utopien läuft klar nicht reibungslos ab. Oft gibt es unterschiedliche Vorstellungen, die nicht zusammenkommen können, manchmal versanden sie an bestimmten Stellen, und an ihrer praktischen Umsetzung zeigen sich oft erst eigene Unzulänglichkeiten. Keine Person lebt außerhalb der Gesellschaft, deswegen ist nur durch das Betreten des Hauses nicht automatisch alles anders. Politisch-emanzipatorisches Bewusstsein muss auch innerhalb der Idee "Rote Flora" immer wieder neu entwickelt werden.

Das Projekt der Flora bietet die Möglichkeit für jedeN einzelneN, sich im Selbstversuch klar zu machen, was genau dieses emanzipatorische Bewusstsein im Umgang mit anderen bedeutet. Die Mechanismen der eigenen Sozialisation und sonstigen subtilen Mist für sich selbst zu verdeutlichen und zu hinterfragen, ist eine schwierige Aufgabe, der wir uns immer wieder stellen wollen. Zu diesem Punkt gab und gibt es manches zu erzählen: vieles ist an einzelnen Personen hängen geblieben, viele Menschen oder Gruppen, welche die Räume der Roten Flora nutz(t)en, bezogen/ beziehen sich nicht auf das Projekt. Diskussionen und ihre Resultate können an der Vermittelbarkeit und auch an ihrer Vermittlung im Alltäglichen scheitern.

Es muss möglich sein, Entschlüsse in Frage zu stellen und Anpassung darf nicht anstelle von selbständigem Denken treten. Damit es weitergehen kann, müssen Wegmarken gesteckt werden. Die Flora ist zumindest von ihrem Anspruch her immer ein linksradikales, autonomes Stadtteilzentrum gewesen. Der Stadtteil ist aber nun mal nicht linksradikal und die Umstrukturierung hat stattgefunden. Mit ihrer Umsetzung sind die klassischen "unser Viertel"-Kämpfe verschwunden und damit nahezu auch die Menschen, die diesen Kampf als wichtig erachtet haben. Klar wurde auch, dass es nicht reicht, dass eigene kleine Viertelchen zu hegen und zu pflegen, da sich der Verlauf der Umstrukturierung in der gesamten Stadt abzeichnet. Marktstrategische Aufwertungsprozesse und damit einhergehende Ausgrenzungs- und Vertreibungsmechanismen von Menschen, die als nicht verwertbar erachtet werden, sind nicht nur Thema der eigenen Viertel-Idylle. Deshalb sehen wir Kämpfe über den Radius des Schanzenviertels hinaus als notwendig an.

"Verhandlungen".....

Im August 1992 teilte die damalige Stadtentwicklungssenatorin Traute Müller (SPD) mit, dass die Stadt mit den NutzerInnen der Flora einen Nutzungsvertrag zu städtischen

Konditionen abschließen wolle. Wenn binnen 6 Wochen keine Einigung zustande käme, würde die Flora geräumt werden. Obwohl noch vor Aufnahme der Verhandlungen klar war, dass es der Stadt darum ging, die politische Autonomie der Roten Flora massiv zu beschneiden und aus dem Projekt ein weichgespültes und angepasstes Stadtteilkulturzentrum zu machen, wurden die Gespräche aufgenommen.
Und sie dauerten nicht sechs Wochen sondern vier Monate und die Senatorin Müller konnte sich in den Verhandlungen mit ihrem Konzepten nicht durchsetzen. Auf Druck anderer Senatsmitglieder verkündete sie jedoch im Januar 1993, entweder die Flora unterschreibt einen Vertrag nach den Vorstellung des Senats oder die Verhandlungen seien gescheitert. Aufgrund von Senatsneuwahlen verläuft die Sache im Sande, die Flora bleibt besetzt und ohne Verträge. Im Sommer 2000 setzt eine massive Pressekampagne der Springerpresse gegen die Flora ein. Es wird klar, dass die Flora als Wahlkampfthema für die Bürgerschaftswahl 2001 instrumentalisiert werden soll. Die SPD-Regierung, die sich bereits in der Defensive und von Schill gejagt fühlt, fordert die Flora zu Vertragsverhandlungen auf.

Nach langen und kontroversen Diskussionen innerhalb der Flora wird Anfang 2001 entschieden, auch um den Preis einer Räumung keine Verhandlungen mit der Stadt zu führen. Daraufhin verkauft die Stadt die Flora im März 2001 an den Immobilienhändler Klaus-Martin Kretschmer. Die Flora lehnt jede Zusammenarbeit mit dem "formalen" Neu-Eigentümer ab. Die Flora bleibt besetzt und ohne Verträge.

Flora bleibt unverträglich

Die Rote Flora ist kein rechtsfreier Raum, wenn darunter ein Raum verstanden wird, der vollkommen außerhalb des Zugriffsbereichs staatlicher Institutionen liegt. Die Rote Flora ist auch kein Freiraum, wenn damit ein Raum gemeint ist, in dem die herrschenden gesellschaftlichen Zwänge aufgehoben sind oder tendenziell aufgehoben werden können. Als besetzter Raum bietet die Rote Flora allerdings soziale und politische Handlungsspielräume zur Sabotage der herrschenden Ordnung, die in legalen Projekten von vorne herein ausgeschlossen sind. Da die Flora nur denjenigen gehört, die sie nutzen, stellt sie einen Widerspruch zur kapitalistischen Eigentums-Logik dar. Und dass niemand für irgendwelche Aktivitäten in der Flora Geld bekommt, stellt die kapitalistische Gleichung Arbeit=Lohnarbeit infrage.

Dass es in der Flora keine einzelnen Verantwortlichen gibt, macht kollektive Formen von Verantwortung möglich (und notwendig) und hebt zumindest die Notwendigkeit von strukturellen Hierarchien weitestgehend auf. Und nicht zuletzt bietet gerade die Tatsache, dass es keine einzelnen, greifbaren Verantwortlichen gibt, erweiterte Handlungsspielräume für politische Interventionen. Unter solchen Bedingungen werden immer wieder andere Formen sozialer und politischer Praxis denkbar und realisierbar, die sonst schon aufgrund von sog. "Sachzwängen" ausgeschlossen sind. So bietet die Flora beständig die Chance, dass immer wieder die herrschenden politischen Spielregeln übertreten und damit Brüche in der herrschenden Ordnung produziert werden, was potentiell auch über die Flora hinaus Wirkungen haben kann.

(Allein schon dass die Flora seit 15 Jahren als besetztes Zentrum funktioniert, stellt einen solchen Bruch dar.) Diese Chance verstehen wir als das wesentliche Moment des Projekts Rote Flora als autonomem Zentrum, und genau dieses Moment war gemeint, als 2000/2001 die Flora durch ein Vertrags-Angebot "befriedet" werden sollte.

Letztendlich hat auch eine weiterhin besetzte Rote Flora den Aufwertungsprozess im Schanzenviertel nicht aufhalten können, doch hätte ein vertraglich befriedetes Stadtteilzentrum diesen Prozess wahrscheinlich eher noch weiter beschleunigt. Die Flora ist zwar längst zur coolen Hintergrundkulisse für ein hippes Viertel geworden und somit ungewollt in den Aufwertungsprozess integriert worden, doch dass dementsprechend z.B. linksradikale Inhalte auf 3 mal 5 Meter großen Plakatwänden genauso Teil dieses so angesagten Viertels sind wie der Galao auf der sogenannten "Piazza" und die schicken Klamottenläden, sollte dabei nicht vergessen werden – auch wenn dies die mit der Aufwertung verbundenen Formen von Ausgrenzung und Vertreibung nicht akzeptabler macht. So sehen wir es weiterhin als richtige Entscheidung an, vor knapp 4 Jahren das Angebot der Stadt abgelehnt zu haben, Vertragsverhandlungen für eine Legalisierung der Roten Flora zu führen. Zwar hat dies auch dazu geführt, dass die Flora offiziell von städtischem Eigentum in privates überging, doch bedeutet dies lediglich eine Verschiebung auf der Seite derjenigen, die die Tatsache infrage stellen, dass die Flora sowieso nur denjenigen gehört, die sie nutzen.

Staatsgewalt contra Flora - Kämpfe um das Haus und für die Weltrevolution

Wider Erwarten hat die Besetzung der Flora seit dem 1.11.1989 keine Räumung der Polizei nach sich gezogen. Trotzdem ließ der erste polizeiliche Großeinsatz nicht lange auf sich warten. Anlass war die sogenannte Silvesterdemo, die in den Jahren zuvor vom Hafen bis zum Untersuchungsgefängnis und zurück ging. 1989/90 nahm die Silvesterdemo - verboten, wie immer - ihren Ausgang an der Flora. Allerdings kam die Demo nur bis zum Neuen Pferdmarkt. Begleitet von einem massiven Polizeispalier rettete sich die 800 Menschen bis vor die Flora, um auf der Treppe fürchterlich zusammengeknüppelt zu werden. Im Juni 1990 sollte die Eröffnung des Musicaltheaters "Phantom der Oper" gefeiert werden. Nachdem sich am ursprünglich geplanten Standort die Besetzer_Innen eingenistet hatten, wurde der entstandene Betonneubau "Neue Flora" getauft. Das alles war Grund genug, mit den "Phantomenalen Tagen" eine einwöchige Gegenveranstaltung zu organisieren.

Der Eröffnungstag des Musicals geriet für die Stadt zum Fiasko. Hundert von Premierengäste konnten unvergessliche Eindrücke sammeln können, indem sie sich durch ein Spalier von Demonstrant_Innen kämpfen mussten, die unmittelbar vor dem Musical Aufstellung genommen hatten. Bis die Hamburger Hundertschaften eintrafen, hatten die Journalisten bereits Dutzende Bilder von mit Farbe bekleckerten Premierengästen und diversen entglasten Luxuslimousinen im Kasten....Anlässlich einer Demonstration gegen die rassistischen Morde in Solingen 1993 kam es bereits auf dem Weg der Demo von der Innenstadt ins Schanzenviertel zu zum Teil heftigen Auseinandersetzungen.

Die Zusammenstöße setzen sich im Viertel und vor der Flora fort: direkt vor der Flora wurden Barrikaden errichtet. In der Folge wurde dann die Flora von mehreren Hundertschaften umstellt. Polizei kündigte an, alle Personen, die die Flora verlassen wollten, würden vorläufig festgenommen. Nachdem fast 2 Stunden zog sich die Polizei dann aber zurück Ein Großeinsatz der Polizei im Juni 1995 im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Kriminalisierung der Radikal-Zeitung an der Flora führte zu massiven Auseinandersetzungen. Im Verlaufe des Tages war bereits eine Demo durch die Polizei aufgelöst worden, an der Flora formierte sich kurz darauf eine Spontandemo. Bevor diese Demo sich in Bewegung setzten konnte, wurde sie von der Polizei angegriffen. Es kam zu Steinwürfen, Schlagstockeinsatz und Festnahmen.

Am 1. Mai 2000 kam es nach einer abendlichen Spontandemo zu schweren Auseinandersetzung im Viertel. Vor der Flora wurden Barrikaden errichtet, eine überraschte und zunächst überforderte Polizei lieferte sich stundenlange Straßenschlachten auf dem Schulterblatt. Es gab viele schwerverletzte Demonstrant_Innen. In der Nacht kesselte schließlich die Polizei die restlichen BesucherInnen eines Konzerts in der Flora und nahm sie alle fest nach stundenlangem Warten fest. Nach einer Jubeldemo im August 2003 nach der Absetzung des Innensenators Schill setzte die Polizei vor der Flora Schlagstöcke und Wasserwerfer zur Auflösung der Spontanfeier ein. Im Juli diesen Jahres fand eine Durchsuchung wegen ZECK durch eine Hundertschaft der Polizei statt. Die schwerausgerüsteten Beamten beschlagnahmten eine Doppelseite der Zeitung, nachdem sie sich gewaltsam Zugang zur Flora verschafft hatten.

Zum ersten Mal seit 1990 griff schließlich diesen Sommer die Polizei das Straßenfest im Schanzenviertel an. Beim traditionellen Ereignis, das in diesem Jahr sich nicht hat behördlich

genehmigen lassen, wurde zu Beginn die Bühne vor der Flora geklaut. Nachdem aber Tausende sich das Feiern trotzdem nicht vermiesen ließen, griff die Polizei erst wieder am Abend ein und räumte schließlich mit Wasserwerfereinsatz das Schulterblatt.

"Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie den Polizeibericht..."
Das kleine "ABCD-E" polizeilicher Repression

Im November 1988 verkündete der damalige Innensenator Werner Hackmann die Gründung einer zivilen Sonderheit der Polizei, die sogenannten E-Schichten. Sie sollten die regulären Dienstschichten (A bis D genannt) u.a. der Lerchenwache 16 ergänzen und vornehmlich gegen politisch motivierte Gewalttäter vorgehen. Für die E-Schicht der Wache 16 ergab sich aus dieser Vorgabe als einer der Einsatzschwerpunkte die politisch aktive Szene im Schanzenviertel und als deren Treff die Rote Flora. Dabei ging die Truppe mit gezielten und systematischen Einschüchterungsversuchen gegen die "Zielgruppe" z.B. durch verbale Provokationen, willkürliche Festnahmen und immer wieder Misshandlungen vor.

Die Kette der Misshandlungen begann 1989 setzte sich 1990/91 fort, machte nicht mal vor Anwältinnen halt. Im Zusammenhang mit den Ereignissen um die Flora-Parkräumung 1991 wurde ein Betroffener so schwer misshandelt, dass er eine Woche im Krankenhaus verbringen musste. Dieser und vorangegangene Fälle waren schließlich Grund für die Erwähnung der BRD im internationalen Menschenrechtsberichts von Amnesty international und der Einleitung einer förmlichen Untersuchung der Menschrechtsorganisation. Zu diesem Zeitpunkt war einer der Hauptverantwortlichen für die Übergriffe, der E-Schichtleiter Christoph Stapmanns, schon aufgrund der massiven öffentlichen Kritik versetzt worden. (Er ist einige Jahre später als einer der Hauptakteure im Zusammenhang mit der Misshandlung von Schwarzafrikanern an der Wache 11 in die Schlagzeilen geraten.).

Aber auch sein Nachfolger, Sönke Harms, bekam die Prügeltruppe nicht in den Griff und nach einer ganzen Reihe von Versetzungen wurde die E-Schicht schließlich offiziell aufgelöst. Allerdings existiert noch heute eine zivile Sondereinheit an der Wache 16, die als sogenannte P-Schicht alles dafür tut, in der Kontinuität ihrer Vorläuferin zu stehen. Nach weiteren Wechseln ist zur Zeit Lothar Strauch der verantwortliche Leiter der Prügeleinheit.

Gewählte Parlamente gegen selbsternannte FloristInnen

Seit Beginn der Kampagne zur Verhinderung des Phantomprojekts und der Durchsetzung der Roten Flora war eine Forderung die Schaffung eines Parks auf der durch den Teilabriss des historischen Floratheaters entstandenen Freifläche. Nach der Verhinderung des Musicalprojekts und der Eröffnung der Roten Flora sollte die Idee eines öffentlichen Parks umgesetzt werden.

Die Stadt wollte diese Freifläche aber mit Wohnungen bebauen. Nachdem es im Laufe des Jahres 1990 eher symbolische Versuche gab, den Park zu realisieren, änderte sich das im darauf folgenden Frühjahr. Zwischen Mai und Juni 1991 entstand ein "echter" Park, dessen Tage jedoch gezählt waren - nach Ansicht des damaligen Innensenators Hackmann symbolisierte die neuentstandene Grünanlage nämlich die Frage, ob "gewählte Parlamente oder selbsternannte Kräfte" in der Stadt das Sagen hätten. Und nachdem im Mai 1991 die SPD die Wahlen gewann, gab die Innenbehörde "grünes" Licht zur Räumung des Parks und für einen Baubeginn.

Am Morgen des 23. Juli 1991 rückten 1500 Polizeibeamte mit Wasserwerfern an, um ca. 300 FloristInnen vom Rasen zu prügeln. Trotz der massiven Polizeikräfte blieb die Flora unangetastet an diesem Tag. In den folgenden Wochen bewachten dann BGS-Einheiten Tag und Nacht die Baustelle und machten die entstehenden Wohnungen zu den teuersten Sozialwohnungen der Stadt, wie die Lokalpresse lästerte.

"Junkiejogging ist kein Sport" - Polizeiliche Drogenbekämpfung an der Flora

Seit dem Herbst 1997 bekämpfte die Hamburger Polizei die Drogenszene in diesem Stadtteil. Im November '97 sollte es zunächst nur gegen die sogenannte Verfestigung der Dealerszene gehen. Seit Februar 1998 wurde die Vertreibungspolitik auf die KonsumentInnen illegalisierter Drogen ausgeweitet, mit Hilfe von Platzverweisen und Ingewahrsamnahmen sollen die BenutzerInnen illegalisierter Drogen aus dem Straßenbild vertrieben werden.

Dabei hat sich eine erstaunliche Wandlung der öffentlichen Wahrnehmung polizeilicher Arbeit im Schanzenviertel vollzogen. Waren die Beamten der federführend eingesetzten Lerchenwache in den letzten zehn Jahren vor allem durch Übergriffe, Misshandlungen und rechtswidrige Polizeieinsätze aufgefallen, präsentiert sich die Vertreter der Wache 16 nun gern als die neuen "Anwälte" der Sorgen und Nöte der Mitbürger und Mitbürgerinnen.

Die Flora hat versucht, gegen diese Entwicklung Politik zu machen und dabei im Stadtteil relativ isoliert dagestanden. In einer ausführlichen Erklärung vom Dezember 1997 (dem sog. "Zwergenflugblatt") hat das Projekt inhaltlich begründet, warum es die Vertreibungspolitik im Stadtteil gegen die offene Drogenszene nicht mitträgt. In der Schaffung eines provisorischen Druckraums direkt hinter der Flora hat das Projekt dann praktisch Stellung bezogen. Und verschiedene Gruppen und Initiativen haben mit Interventionen versucht diese Politik zu unterstützen: von Infoständen über Aktionen wie "Kontrolleure kontrollieren" bis hin zu militanten Angriffen gegen die Polizei 1998/99.

Aus der Post.

Das Pogramm zu „15 Jahre Flora" findet ihr auf der Rückseite oder im Internet unter www.roteflora.de.





Das hier ist kein Erholungszentrum

Hamburger Senat will Frauenhaus schließen - gegen massiven Widerstand.

Ein Gespräch aus ak - analyse + kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis Nr. 488 / 15.10.2004

Dass, neoliberaler Glaubenslehre zufolge, allüberall und insbesondere unter der Rubrik "Soziales" gespart werden muss, ist sattsam bekannt. Interessant ist gleichwohl, mit welchen politischen Argumenten welcher sozialpolitische Kahlschlag begründet wird. Der rechtsliberale Hamburger Senat demonstriert exemplarisch, was es heißt, Standort- und Familienideologie zu verknüpfen - im Generalangriff auf Frauenprojekte und Strukturen. Über Hintergründe und Auswirkungen dieser Politik und den Protest dagegen sprach Stefanie Graefe mit Marion Klußmann, Mitarbeiterin im 1. Hamburger Frauenhaus.

ak: Wenn es nach dem Hamburger Senat geht, wird das 1. Hamburger Frauenhaus zum 31. 12. diesen Jahres geschlossen. Die Bewohnerinnen sollen bis Ende diesen Monats (Oktober) das Haus räumen. Wie ist es dazu gekommen?

Marion Klußmann: Wir haben seit mehreren Jahren intensive Verhandlungen mit der Behörde für Soziales und Familie in Hamburg geführt. Dabei ging es der Stadt zum einen darum, Kosten einzudämmen und zum anderen darum, auch inhaltliche Veränderungen vorzunehmen. Höhepunkt war der 13. Mai diesen Jahres, als die Behörde in einem normalen Verhandlungsgespräch dem 1. Frauenhaus in einer fünfminütigen Pause mitteilte, man beabsichtige, die Zuwendungen zum 31. 12. 2004 zu stoppen. Kurz darauf kam es dann schriftlich: Ab 1. 10. dürfen wir keine Frauen mehr aufnehmen, zum 31. 10. soll die letzte Frau ausgezogen sein, damit das verbleibende Personal noch zwei Monate Zeit bis Jahresende hat, das Haus zu räumen. Gegen all dies haben wir natürlich Widerspruch eingelegt und eine einstweilige Verfügung beantragt auf Weiterführung des Betriebes. Im Moment warten wir auf einen Termin vorm Verwaltungsgericht.

Wie begründet die Behörde die Notwendigkeit der Schließung?

Es gibt eine rechnerische und eine inhaltliche Begründung. Die rechnerische nennt sich "Städtevergleich". Das heißt, man vergleicht die Städte München, Berlin und Hamburg im Hinblick auf das Verhältnis von EinwohnerInnen und Frauenhausplätzen. In München gibt es ein Verhältnis von eins zu 16.000, in Berlin von eins zu 11.000 und in Hamburg liegen wir überdurchschnittlich gut mit eins zu 8.000. Fällt das 1. Frauenhaus weg, liegen wir im Schnitt zwischen Berlin und München. Aber: Was sie in Berlin und München nicht mitgezählt haben, ist das Platzangebot, das die Städte vorhalten für Frauen und Kinder in so genannter "zweiter Wohnstufe". Das sind Frauen und Kinder, die nicht mehr den unmittelbaren Schutz im Frauenhaus, wohl aber Unterstützung vom Frauenhaus brauchen. Diese Plätze müssten in einem Vergleich mitgezählt werden, das ist aber nicht passiert. Mit der Begründung Städtevergleich sollen jetzt auch sämtliche Psychologinnenstellen in allen Hamburger Häusern gestrichen werden: In den anderen Städten gäbe es in keinem Frauenhaus fest angestellte Psychologinnen. Auch das ist falsch, denn es gibt nicht nur in anderen Großstädten, sondern mittlerweile in fast jeder Kleinstadt an Frauenhausarbeit angrenzende Beratungsstellen, wo Psychologinnen beschäftigt sind. Die machen Präventivberatung und nachgehende Beratung, aber in diesem "Städtevergleich" werden die nicht mitgezählt.

Die Berliner Frauenhäuser sind aber doch auch von Schließung bedroht?

Ja, auch in Berlin ist die Situation erschreckend. Grad kürzlich bekamen wir einen Aufruf, in dem stand, dass noch mal ein Berliner Frauenhaus 24 Plätze abbauen muss. Berlin hat insgesamt 6 Frauenhäuser, aber mit mehr Plätzen. Hier in Hamburg haben sechs Frauenhäuser insgesamt 207 Plätze, das größte davon ist das 1. Frauenhaus mit 44 Plätzen. Wenn die wegfallen, sind das 20% des Angebots. Das kann von den anderen Häusern nicht aufgefangen werden, weil alle das ganze Jahr über zu 100% belegt sind.

Und die inhaltliche Begründung?

Die sagt, es gibt seit 2002 ein neues Gewaltschutzgesetz und in Hamburg seit November 2003 eine Interventionsstelle. Diese Interventionsstelle berät gewaltbetroffene Frauen, die in ihrer Wohnung bleiben. Jetzt heißt es, mit Einführung des Gewaltschutzgesetzes und dieser Interventionsstelle werden die Frauenhäuser nicht mehr so stark frequentiert werden.

Was vermutlich nicht stimmt.

Was nicht stimmt. Es gibt Vergleichszahlen aus andern Bundesländern und aus Österreich, die das genaue Gegenteil belegen: Mit Einführung des Gewaltschutzgesetzes ist die Nachfrage nach Frauenhausplätzen deutlich gestiegen.

Wie kommt das?

Weil Gewalt gegen Frauen und Kinder mehr Thema wird in der Öffentlichkeit. Frauen, die sich bisher nicht vorstellen konnten, ins Frauenhaus zu gehen, sehen das jetzt eher als Lösungsmöglichkeit; Frauen, die lange in Misshandlungsbeziehungen gelebt haben, begreifen es jetzt möglicherweise eher als ihr Recht, Schutz und Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Auf diesen Zusammenhang haben wir der Behörde gegenüber immer wieder hingewiesen. Dann wiederum heißt es - und zwar wörtlich: "Es stehen ausschließlich fiskalische Interessen im Vordergrund."

Auf diese Weise wird ein Gesetz, das zum Schutz von Frauen erkämpft wurde, als Argument für die Schließung von Frauenprojekten eingesetzt - eine perfide politische Strategie...

Allerdings. Denn in der Tat greift dieses Gesetz eine alte Forderung der Frauenhäuser auf: Misshandler aus der Wohnung raus, damit nicht die Frauen und Kinder den Wohnraum verlassen müssen, sondern die Täter. Und genau das fällt uns jetzt auf die Füße, muss als Begründung für die Behauptung herhalten, dass Frauenhausplätze angeblich nicht mehr so notwendig sind.

Das heißt, der - auch rechtliche - Umgang mit den Tätern hat sich mit dem Gewaltschutzgesetz verändert?

Ja. Jetzt gibt es die so genannte "Wegweisung". Das heißt, eine gewaltbetroffene Frau hat die

Möglichkeit per einstweiliger Anordnung den Mann erst einmal für zehn Tage aus der Wohnung zu weisen, d.h. er darf sich nicht der Wohnung und auch nicht der Frau und den Kindern nähern. Diese zehn Tage sollen der Frau Zeit geben, sich zu orientieren, Beratung zu holen etc. Gibt der Mann nach zehn Tagen keine Ruhe, kann er noch mal für weitere zehn Tage weg gewiesen werden, so dass die Frau maximal 20 Tage Zeit hat, sich ein eigenständiges, angstfreies Leben aufzubauen, was natürlich sehr knapp ist. Denn es geht dann ja auch darum, kann ich die Wohnung alleine weiter finanzieren, sind meine Kinder sicher in Schule und Kindergarten, kann ich weiter zur Arbeit gehen, bin ich da sicher und wenn nicht, was gibt es für Lösungsmöglichkeiten.

Wird diese Möglichkeit der Wegweisung denn in Anspruch genommen?

Ja. Auch die Angebote der Interventionsstellen werden gut nachgefragt.
Die Interventionsstellen arbeiten sehr eng mit der Polizei zusammen. Das heißt:
Wenn die Polizei gerufen wird in eine Wohnung wo es häusliche Gewalt gibt, ist ja der erste Weg immer, die Opfer und Täter von einander getrennt zu befragen und zu beraten. Der Frau wird dann dieses Angebot Interventionsstelle nahe gelegt, sie hat die Möglichkeit zuzustimmen, dass die Polizei ihren Namen an die Interventionsstelle weitergibt. Die Interventionsstelle wird dann bei der Frau nachfragen, ob sie Unterstützung braucht. Das nennt sich "pro-aktiver Ansatz". Und daswird in der Tat gut nachgefragt. Aber dieses Angebot wird eben nicht alternativ zum Frauenhaus in Anspruch genommen, sondern das ist eine Gruppe von Frauen, die gar nicht ins Frauenhaus gekommen wäre. Es gibt verschiedene Gruppen von Betroffenen. Man kann die eine Arbeit nicht durch die andere ersetzen.

Für Migrantinnen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus ist diese enge Zusammenarbeit von Interventionsstelle und Polizei natürlich ausgesprochen heikel.

Das ist richtig. Es ist aber so, dass mit Einführung dieses Gewaltschutzgesetzes Gewalt gegen Frauen zum Offizialdelikt geworden ist, d.h. es ist nicht mehr "Familienangelegenheit". Die Polizei muss jetzt eben nicht wieder gehen, wenn die Frauen sagt, ach, es war doch gar nichts, sondern sie muss es als Fall betrachten. Das finde ich richtig. Aber es ist natürlich hoch problematisch für Migrantinnen mit ungesichertem oder ohne Aufenthaltsstatus.

Welches sind - neben den "fiskalischen" - die inhaltlichen Eingriffe in die Frauenhausarbeit?

Mit Zugang des Zuwendungsbescheides für 2004 dürfen keine Frauen mehr im Frauenhaus aufgenommen werden, die eine Aufenthaltsgestattung oder -duldung haben. Ein schöner Satz von einem Behördenangestellten diesbezüglich war: "Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht die Leistung Frauenhaus nicht vor". Deshalb dürfen diese Frauen nicht mehr zu uns kommen.
Das Asylbewerberleistungsgesetz mag diese Leistung nicht vorsehen, aber die "Leistung Frauenhaus" ist in gar keinem konkreten Gesetz vorgesehen, sondern betrifft die grundlegenden Menschenrechte. Dieser Ausschluss von Frauen, die das Asylbewerberleistungsgesetz betrifft, ist deshalb eine Menschenrechtsverletzung - die darüber hinaus die Grundprin-zipien der Frauenhäuser angreift: Schutz und Hilfe zu bieten für jede Frau, die von Gewalt bedroht oder betroffen ist - unabhängig von Aufenthaltstatus oder sozialer Herkunft. Auch da haben wir natürlich Widerspruch eingelegt.

Außerdem besteht die Behörde darauf, so genannte "Pseudonymisierungs-Listen" zu bekommen. Jede Frauenhaus-Bewohnerin soll registriert werden, nach folgender "Verschlüsselung": die ersten zwei Buchstaben vom Vornamen, die ersten zwei Buchstaben vom Nachnamen, das Geburtsdatum, und wenn die Frau Kinder hat, dann noch die Anzahl der Kinder. Dazu sollen wir Referenzlisten führen mit den kompletten Namen der Frauen und in die Behörde schicken. Auch in diesem Punkt liegen wir im Widerspruch. Wir haben ein niedrigschwelliges Angebot, zu uns kommen Frauen, weil sie genau wissen, dass sie anonymen Schutz und Hilfe finden. Kein Name wird jemals durchs Telefon gesagt oder auf irgendwelche Listen geschrieben, die nach außen gehen. Mit uns ist das nicht zu machen.

Auch das gefährdet insbesondere Frauen, die in der Illegalität leben.

Natürlich. Es ist indiskutabel.

Wieso eigentlich ausgerechnet das 1. Frauenhaus?

Weil es das größte in Hamburg ist. Die Behörde hat bewusst in Kauf genommen, dass sie einen Skandal provoziert. Und so einen Skandal leistet man sich nicht so oft. Da macht man lieber einmal einen großen Schnitt. Offiziell heißt es außerdem, es gäbe in unserem Stadtteil zwei Frauenhäuser und zwei Frauenhäuser seien in einem Stadtteil nicht notwendig. Was Nonsens ist. Denn Frauenhäuser haben anonyme Adressen, und es kommen gerade nicht die Frauen aus dem Stadtteil in die Häuser - das wäre viel zu gefährlich. Deshalb ist es unerheblich, ob es zwei in einem Stadtteil gibt.

Man könnte meinen, dieser Angriff auf Frauenprojekte und feministische Regierung sei eine Spezialität des Hamburger CDU/FDP-Senates. Das Beispiel Berlin spricht allerdings dagegen. Trotzdem: Wäre es unter Rot-Grün anders gekommen?

Rot-Grün hätte auch zu drastischen Sparmaßnahmen geführt, aber nicht in dieser Dramatik. Viele SPD-Politiker, mit denen ich gesprochen habe, sagen, wir hätten auch hart gespart, aber uns nicht so auf die Frauenprojekte fokussiert. Die Spezialität der jetzigen Hamburger Sozialsenatorin ist es ja, "die Familie" in den Vordergrund ihrer politischen Bemühungen zu stellen - und den Sparhammer genau da anzusetzen, wo Frauen vor 25 oder 30 Jahren angefangen haben, sich eigene Beratungsstellen, eigene Zentren aufzubauen. Nicht umsonst titelte die Hamburger Morgenpost kürzlich einen Artikel über Senatorin Schnieber-Jastram mit dem Satz "Ich bin keine Feministin". Wenn die Senatorin erklärt, wie sehr ihr die Familie am Herzen liegt, vergisst sie nur immer, dass die Gewalt, von der wir hier sprechen, gerade auch aus "der Familie" kommt. Es ist die Rama-Frühstücksfamilie, an die Frau Schnieber-Jastram glaubt.

Hat sich eigentlich in der Zeit, seit es Frauenhäuser gibt - fast dreißig Jahre - etwas an der Gewalt gegen Frauen verändert?

Ganz deutlich: nein. Weder bei der so genannten "Klientel" (ich benutze das Wort nicht gerne), noch in der Massivität der Gewalt. Ich befürchte eher, dass es mit den weiteren sozi-

alen Einschränkungen zum nächsten Jahr noch drastischer wird. Eine aktuelle Studie der Bundesregierung belegt, was wir immer schon sagten: Jede vierte Frau in der Bundesrepublik ist von massiver Gewalt bedroht. Das kannst du also auf der Straße abzählen: eins, zwei, drei, vier, du bist dabei. Gewalt gegen Frauen wird nicht abnehmen, so lange sie immer noch nicht gesellschaftlich geächtet wird, weil Täter meist unbehelligt bleiben von Nachbarin, Chef, Lehrerin oder Kollege, selbst wenn die genau mitkriegen, was läuft. Es ist natürlich richtig, dass es Schutzeinrichtungen gibt für Frauen und Kinder, aber man muss außerdem an die Männer ran. Was nicht unsere Aufgabe ist. Aber gemacht werden muss es.

Der Angriff auf die Frauenprojekte hat ja - nicht nur in Hamburg - eine ganze Reihe von Gegenaktivitäten provoziert . Ist das so eine Art paradoxer positiver Nebeneffekt - eine (Wieder-)Belebung feministischer Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung?

Auf jeden Fall. Das, was wir seit Mai diesen Jahres an Öffentlichkeitsarbeit gemacht haben, das haben wir vielleicht in den vier Jahren davor zusammen genommen gemacht. Und wir haben noch eine Menge Aktionen vor uns. Wir haben Unterschriften mit 23.000 Unterschriften gesammelt, die am 18. Oktober dem Ersten Bürgermeister von Hamburg, Ole von Beust, durch eine Gruppe Prominenter übergeben werden. Vom 13.-15. November wird es eine Mahnwache auf dem Hamburger Rathausplatz geben - mit Übernachtung - um darauf aufmerksam zu machen, was es bedeutet, wenn Frauen nicht wissen, wohin. Und für den 30. Oktober, also den Tag, an dem die letzte Bewohnerin das Haus verlassen haben soll, mobilisieren wir nach Hamburg zu einer bundesweiten Demonstration. Bundesweit passiert auch viel. Alle autonomen Frauenhäuser sind vernetzt und unterstützen sich gegenseitig in den Aktivitäten; natürlich auch über Frauenhäuser hinaus, der Angriff betrifft ja alle möglichen Frauenprojekte, gerade auch hier in Hamburg, aber auch in anderen Städten.

Gibt es darin Momente, die über den reinen Abwehrkampf hinausweisen auf eine Art Re-Politisierung der Frauenbewe gung?

Re-Politisierung, also das wäre ja fast ein Traum. Ich weiß es nicht. Wünschen würde ich es mir jedenfalls, denn ich glaube, dass wir uns über die Institutionalisierung unserer Projekte schon sehr eingegraben haben und manchmal auch vergessen haben, dass es rechts und links von unserer Arbeit auch noch was gibt.

In der Tat könnte man sich heute ja fragen, ob das, was passiert ist, nicht auch Reflex einer "historischen Schwäche" der Frauenbewegung ist, die darin bestand, dass sich die Bewegung irgendwann in eine Radikalisierung in Richtung autonome Szenepolitik einerseits und eine Institutionalisierung von Frauen politik in Behörden, Universitäten etc. und schließlich in Frauenprojekte "zwischen Staat und Autonomie" aufspaltete. Möglicherweise ist jetzt der Punkt gekommen, einen Schritt hinter diese Trennung zurückzugehen ...

Vielleicht. Aber ich glaube, diese starke Frauenbewegung wie Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre wird es nicht wieder geben. Die nächste oder übernächste Generation von Frauen hat aus meiner Sicht gar nicht den Wunsch, sich als Frauen zu organisieren. Das erlebe ich oft, wenn ich mit Frauen spreche, die vielleicht so Anfang 20 sind. Die profitieren sicherlich von dem, was die Frauenbewegung erkämpft hat, aber es nicht ihr Ziel, sich in ähnlicher Weise zu organisieren. Sie betrachten uns eher als Dinosaurier. Sie haben andere Ziele, individuellere vielleicht - oder wollen sich eben eher "gemischt" organisieren. Und ob "wir" das noch schaffen, "wir", die wir jetzt so Mitte dreißig, 40 oder 50 sind, noch mal aus unserer Institutionalisierung heraus zu gehen und was Starkes zu starten, weiß ich nicht. Was wir gerade tun, geht zwar in so eine Richtung, aber es ist auch unglaublich Kraft zehrend. Aber vielleicht ist es ja tatsächlich ein Neuanfang, und ich kann ihn nur nicht sehen, weil ich so in der Alltagsarbeit stecke. Vielleicht werden wir ja bei den nächsten Demonstrationen ein paar tausend mehr und vielleicht klinken wir uns auch mal in größerer Zahl über unsere Demonstrationen hinaus in die Anti-Hartz-Aktivitäten und Montagsdemonstrationen ein...

Gibt es Anschlüsse in diese Richtung?

Ja, hier in Hamburg sind wir eingebunden in der "Sozialpolitischen Opposition" und arbeiten partiell mit ver.di zusammen. In diesem Zusammenhang haben wir auch schon eine große öffentliche Pressekonferenz zum Thema Spar-Kahlschlag gemacht - Frauenhäuser zusammen mit Schwimmbädern, Drogeneinrichtungen, Volkshochschule, Berufsschulen, Feuerwehr, Filmförderung etc.

In einer Reflexion der Geschichte der Frauenhäuser, veröffentlicht zum 20-jährigen Bestehen der Frauenhäuser, wird noch mal deutlich, dass das Verhältnis von Frauenprojekten und staatlicher Finanzierung auch innerhalb der Frauenbewegung durchgängig umkämpftes Thema war; also die Frage, inwieweit lässt man sich auf Kompromisse mit dem Staat ein. Wenn man die Situation heute sieht, könnte man natürlich sagen, jetzt ist im Grunde genau das eingetreten, was man schon vor dreißig oder fünfundzwanzig Jahren befürchtet hat: Die Orientierung auf staatliche Finanzierung führt in die Auslieferung von Bewegungsprojekten dem Staat gegenüber.

Meine Haltung dazu ist: Gewalt gegen Frauen ist ein gesellschaftliches Problem. Deshalb muss - z.B. - auch die Stadt Hamburg dafür bezahlen. Dafür zahlen, dass sie patriarchale Strukturen am Leben erhält oder sogar - nach dem Regierungswechsel - noch verstärkt. Dafür muss der Staat aufkommen.

Ob das für uns vor dreißig Jahren der richtige Weg war, weiß ich nicht. In Bezug auf den Streit, den du ansprichst, kann ich beide Seiten verstehen. Ich kann verstehen, dass Frauen gesagt haben, diese Arbeiten muss bezahlt werden, das ist qualitativ hochwertige Arbeit, deshalb muss sie auch bezahlt werden. Das hat auch was mit Akzeptanz zu tun. Denn das ist nun mal so, dass sich gesellschaftliche Akzeptanz im Kapitalismus auch in Entlohnung niederschlägt. Aber ich kann auch die andere Seite verstehen, die sagt, sobald du anfängst, staatliche Gelder zu nehmen, verkaufst du dich auch. Du verkaufst dich und du kannst nicht sagen, wir nehmen das Geld und wir entscheiden selber, wie wir's ausgeben.

Wir müssen über jeden Cent, den wir ausgeben, Rechenschaft ablegen. Das ist auch in Ordnung. Aber jetzt hat es eine neue Dimension bekommen. Jetzt versucht die Behörde zu bestimmen, welche Frauen kommen, wie lange sie bleiben. Nach dem Motto, strengen Sie sich mal ein bisschen an, das ist hier kein Erholungszentrum. Und: Wir geben euch Geld, aber nur noch zu unseren Bedingungen. Das ist der Kampf, den wir gerade führen: Wir wollen das Geld, aber zu unseren Bedingungen.

Gibt es so was wie einen Plan B? Es sieht ja nicht so aus, als würde das politische Rad absehbar in eine ganz andere Richtung gedreht...

Das bin ich in letzter Zeit schon öfter gefragt worden. Ob wir denn bereit sind, das Haus zu besetzen zum Beispiel. Das ist nicht so einfach. Wir könnten natürlich das Haus besetzen. Besetzung gibt uns aber kein wirkliches Druckmittel an die Hand, weil Mieterinnen des Hauses sind wir selbst, nicht die Behörde.
D.h. potenzielle Mietschulden müssen wir selbst tragen, die Behörde ist raus aus der Verantwortung. Vor allem aber: Wir können das Haus nicht mit Bewohnerinnen besetzen. Denn ab dem Moment, wo wir besetzen, müssen wir auch an die Öffentlichkeit gehen. Damit verlieren wir die Schutzadresse. Das heißt, wir könnten in diesem Haus nie wieder ein Frauenhaus machen. Das ist schon recht kompliziert, zu diesem Thema sich so etwas wie eine öffentliche Besetzung zu überlegen. Kurz: Es gibt keinen wirklichen Plan B. Unsere ganze Energie zielt aber sowieso darauf ab, dass es dieses Projekt weiter gibt.
Das ist auch das, was uns arbeitsfähig erhält: Wir gehen davon aus, dass wir diesen Kampf gewinnen. Das geht in Wellen, auf und ab, es gibt natürlich immer wieder Tiefs und Frustrationen. Aber es gibt immer auch eine, die sagt, wir schaffen das.

Vielen Dank für das Gespräch

»So läuft das hier nicht! Agenturschluß – aber subito!«

Für den 3. Januar 2005 ist bundesweit der Agenturschluss für alle Ämter der Bundesagentur für Arbeit geplant.

Wir wissen zwar auch nicht weiter, aber wir wissen ganz genau, dass ihr so nicht weiter machen sollt... Eine richtig tolle Aktionsidee mit mal wieder reichlich komplizierten Begründungs- und Perspektivelementen»

Wenn alles klappt – und in diesem Land klappt bekanntlich immer ziemlich viel – dann treten am 1. Januar des neuen Jahres die Hartz-Gesetze in Kraft. Egal ob man das nun für einen realen oder inszenierten Eingriff in die uns gut bekannten Strukturen der Sozialverfassung dieses Landes halten mag, dieses Datum ist für uns Anlass nachfolgend etwas zu tun, was den bisherigen massenhaften Anti-Sozialkahlschlagsprotesten ungeheuer schwer gefallen ist: politisch zu argumentieren.

Dabei sind wir selbst mit einer Situation konfrontiert, in der wir mehr oder weniger mit einer alltäglichen sozialen Praxis des individuellen Aneignungsverhaltens, der beständigen Tricksereien und des allgemeinen Herumlavierens mit dem zwischenzeitlich permanent gewordenen Prekaritätsregime gut vertraut sind. Gewieft wie wir uns immer mal wieder vorkommen, werden wir alles das selbstredend auch nach der Einführung von Hartz Vier, Fünf usw. weiter fortsetzen. Und wenn es uns auch aufgrund eines ansteigenden Repressiondruckes nicht mehr in ausreichenden Maße gelingen wird, etwas Reichere als uns selbst zu beklauen, so glauben wir doch, das wir das Moment einer permanenten Aneignungskampagne sicher gegen unsere eigenen Bekannten werden fortführen können, zumal hier das Repressionsrisiko wahrlich immer erheblich geringer ist, als in einem normalen deutschen Kaufhaus.

Wo sich alles ändert, gibt es nicht den geringsten Grund anzunehmen, das sich die Parole : »Beklaut die Reichen!« schnell in die Praxis des »Beklaut euch selbst!« nicht auch in der Linken umdrehen lassen kann. Und doch beschleicht uns mittlerweile das untergründige Gefühl das unsere soziale mehr oder minder prekäre Lebenspraxis keine angemessene Antwort mehr auf den nun drohenden sozialpolitischen Angriff darstellt. Ob es wohl sein kann, das durch Hartz Vier auch für ziemlich viele von uns die schöne Zeit des trickreichen Herumjonglierens im bundesdeutschen Sozialstaat an ein Ende zu kommen droht? Oder direkter formuliert: Zu Hartz Vier fällt uns gerade kein Trick mehr ein! Wenn das so ist oder sein sollte, dann steht jetzt verschärft an, darüber nachzudenken, was politisch zu denken, und dann wohlmöglich zu tun ist.

Auf der jüngst in Dortmund von Antirassisten und linken Gewerkschaftern veranstalteten Konferenz »Die Kosten rebellieren«, die – mehr oder weniger gelungen – um eine Vorstellung und einen Begriff von »sozialer Prekarität« zirkulierte, wurde der Vorschlag eingebracht, gegen die ab dem 1. Januar 2005 geplante Einführung der Hartz-Gesetze eine Art »Bundesarbeitslosenvollversammlung« zu initiieren, d.h.: Überall im ganzen Bundesgebiet gehen an einem einzigen Tag Erwerbslose mit vielen anderen (also solchen, die es mal waren oder sicherlich mal werden) auf ein lokales Arbeitsamt und »besetzten« es. Ziel: An dem von uns bestimmten Werktag soll auf möglichst allen Arbeitsämtern in der Bundesrepublik kein regulärer Betrieb stattfinden. Als konkreter Termin wurde Montag, der 3. Januar 2005 fokussiert.

Phantasien und Widersprüche

Dieser Vorschlag löste eine ganze Reihe von Phantasien und weiteren Vorschlägen aus: Verwirrung existierte beispielsweise über den »richtigen Zeitpunkt« einer derartigen Aktion. Es wurde der Einwand formuliert, dass wenn man die Einführung von Hartz wirklich verhindern wolle, dann doch gerade die Zeit bis zum 1. Januar dafür nutzen müsste »Remmidemmi« zu machen. Eine andere Frage kreiste um das Problem, wen man mit einer derartigen Aktion überhaupt erreichen will, oder anders herum und durchaus spitz gemeint formuliert: Werden dann tatsächlich die etwa zwei Millionen von ziemlichen drastischen Geldeinbußen betroffenen Arbeitslosen bloß deshalb an diesem Tag zum Arbeitsamt gehen, weil das auch noch von irgendwem aus (hahaha) »politischen Gründen« vorgeschlagen wird?

Wieder andere fragten, ob wir nicht mit einer solchen Aktion die Hilfeempfänger bei ihrer prekären Sicherung stören würden. Darüber hinaus stand die Frage im Raum, ob und mit wem, bzw. welchen Bündnispartnern man glaubt eine derartige Aktion überhaupt durchführen zu können. Und schließlich war einigen nicht klar, welche Perspektive das haben könnte, warum man also lediglich einen Tag auf das Arbeitsamt gehen soll, um danach – natürlich, was auch sonst? – wieder von dort weg zu gehen. Lange Rede, kurzer Sinn: Grundsätzlich wurde aber dieser Aktionsvorschlag – mit wenigen Ausnahmen – von niemanden in Frage gestellt. Da er sofort einige Phantasien auslöste, ist es nicht ausgeschlossen, das daraus etwas werden könnte. Die Aktion übt bereits jetzt schon Zugzwang und eine Eigendynamik auf andere linke Kreise aus.



Auf der Dortmunder Konferenz wurde deshalb [...] ein Arbeitstreffen im autonomen Zentrum in Wuppertal vereinbart, das für eine derartige Aktion einen Aufruf beschließen soll. Zugleich entstand die Frage, wen man noch für die Aktion gewinnen könnte, ohne sich mit der Entscheidung von anderen Kräften und ihren politischen Zielen und Aktionsgrenzen abhängig zumachen.

Im nachfolgenden Text geht es nicht darum, einen Aufruf zu der anvisierten Aktion zu formulieren. Der sollte ohnehin klar, knapp, mehr als einfach verständlich und übersichtlich formuliert und gestaltet sein. Ein Projekt also für ein ganzes Arbeitstreffen. Stattdessen wollen wir hier ein paar reichlich unbequeme Fragen, zentrale und grundlegende Widersprüche und in einem kollektiven Sinne ohnehin fast völlig ungeklärte Perspektivüberlegungen aufwerfen, die wir mit dieser Aktion nach dem derzeitigen Stand unserer wahrlich bescheidenen Kenntnisse in Verbindung bringen. Was ist und wird wohl die politische Repräsentation einer derartigen Aktion sein, wie wird es denn um ihre Bündnisfähigkeit bestellt sein, und überhaupt: Ist im Vorfeld überhaupt ein politischer Mobilisierungs- und Aufklärungsprozess vor-



stellbar, in dem in einer Art Schneeballsystem erheblich mehr Leute als die »üblichen Verdächtigen« eine derartige die Aktion zu ihrer wirklichen Sache machen?

Selbstredend können und sollen unsere Überlegungen keine Vollständigkeit oder Ausschließlichkeit beanspruchen, aber niemand soll bitte an unserer Bereitschaft zweifeln uns und andere ultimativ aufzufordern, spätestens dann aus den Löchern hervor zu kriechen, wenn mit der Einführung von Hartz Nr X eine neue und ziemlich gruselige Etappe der Sozialrepression gegen die Überflüssigen, gegen die hier lebende Reservearmee eingleitet werden wird. Positiv formuliert: Wir beanspruchen mit unseren nachfolgenden Überlegungen nicht weniger, als der A.3.1.5-Aktion ein Versprechen und ein Gesicht zu geben.

Die Hartz-Gesetze, kein Ende, die politische Elite und der uns als »ganz normal« verkaufte Wahnsinn

Die Hartz-Gesetze, die bis Januar 2005 realisiert werden sollen sind nicht der Schlusspunkt in einer Entwicklung in der wir alle mächtig mobilisiert werden sollen. Und zwar ohne Sicherheit, Gesundheit, mit miesen Löhnen, Angst, Armut, ohne Ansprüche und ohne Gesellschaftlichkeit sollen wir auf die Piste geschickt werden, um zu ergattern, was im Konkurrenzkampf noch zu kriegen ist. Und dabei werden wir irgendwo in die Reservearmee gestopft, um gegen das Tarifsystem und andere Errungenschaften in Stellung gebracht zu werden.

Dabei sind die Hartz-Gesetze, die zurecht als tiefster sozialpolitischer Einschnitt in der Geschichte der BRD seit 1949 beschrieben werden, in einer kaum glaublichen Einmütigkeit von der politischen Elite beschlossen worden : Ein SPD-Sonderparteitag hat ihnen mit 90 Prozent zugestimmt, was dann noch vom Bundestag mit 98 Prozent getoppt worden ist. Sowohl in der Ergebnis als auch in der Form – am Schluß jeweils großer und lang anhaltender Beifall - dürften diese Beschlüsse in diesen Foren politischer Willensbildung sicher an das herangereicht haben, was früher mit ähnlich demokratisch herbeigeführten Abstimmungsergebnissen auf SED-Parteitagen üblich gewesen ist. Doch trotz dieser großen Einmütigkeit existiert eine überraschende Nervosität in der politischen Elite: Schröder hat mehr als einmal beschworen, das sich im Zusammenhang mit Hartz endlich »die Mentalitäten in diesem Land ändern« müssten. Unklar erscheint derzeit auch , ob der Termin d.h. der 1. Januar 2005 von der Verwaltung gehalten werden kann. Der Chef der Bundesagentur sagt, das das mit ihren Ressourcen nicht klappen kann, Wirtschaftsminister Clement sagt diesem öffentlich mehr oder weniger verblümt: »Halt die Fresse, wir ziehen das einfach durch!«

Eigentümlich und mindestens mit einem doppelt unterschiedlichen Sinn versehen, ist auch der von markanten Vertretern der politischen Elite zwischenzeitlich inflationär gebrauchte Begriff des »Mutes«. Die »Mut«-Adressierung von Oben ist zutiefst bedrohlich. Wir finden die Anrufung sowohl in dem von dem Gewerkschaftsfunktionär, d.h. dem IG Metall-Arbeitsdirektor Hartz publizierten Buch »Job-Wunder« aus dem Jahre 2001 als auch in der Antrittsrede des zwar als IWF-Exekutors in Argentinien wohlbekannten hier aber nahezu unbekannten jüngst ins Amt gewählten, Bundespräsidenten. Hartz adressiert mit diesem Begriff zentral die Ethik des unternehmerischen Selbst, »dass es keinen Erfolg ohne Risiko gibt und geben soll«.

Mit anderen Worten: Fast wie Soldaten werden die Leute aufgerufen, doch bitte kein Feigling zu sein und sich gegen jegliche rationalen Kalküle selbst zu mobilisieren und zukunftsoptimistisch zu sein. Das unterscheidet sich meilenweit von den Ressentiment geladenen Ausfällen eines Kohls oder Schröders im Sinne von »Kein Recht auf Faulheit!« Zugleich erfahren wir in der von großem Applaus aller Parteien im Bundestag begleiteten Rede des neuen Bundespräsidenten, der zugleich als ein ausgefuchster Experte negativer Globalisierung nach unten gelten kann, die wesentliche Message: »Deutschland muss sich bewegen!« und, dass die Eliten jetzt »Mut!« brauchen, um das durchzuziehen. Mut markiert hier die Wende zu einem neuen Aggressionsschub, mit dem die politische Elite dieses Landes gegen die Errungenschaften sozialdemokratischer Politik und ihrer Praxis des Anspruches nach allgemeiner Gerechtigkeit und ungefährer gesellschaftlicher Gleichheit in Stellung gebracht werden soll. Damit entwickelt sich unter den noch obwaltenden Umständen in der Politik von Oben ein Szenario in der alles weitere aktuell nicht mehr planbar ist und sein soll.

Diese Figur der Blindheit tauchte auch im Juni in einem von einer WDR-Journalistin in den Tagesthemen gesprochenen Kommentar wieder auf. Zu den Hartz-Gesetzen meinte sie, zu ihnen gebe es selbstredend keine Alternative weswegen auch gelte: O-Ton: »Augen zu und durch!« So ganz geheuer scheinen also die Auswirkungen der Hartz-Gesetze auch denjenigen nicht zu sein, die doch eigentlich von ihrem Organisierungsprozess wissen müssten, was dabei herum kommen soll. In gewisser Weise ist das ein Hinweis dafür, dass ihnen die ca. zwei Millionen Menschen, die sie beabsichtigen direkt und frontal anzugreifen als eine Art Black Box gegenüber stehen. An Stelle von Klarheit macht sich in der politischen Rhetorik der Elite eine Art »Jetzt bombardieren wir mal im Kosovo herum, und gucken dann was so passiert« – Syndrom breit. Übrigens von keinem geringeren als Schröder selbst wurde der Zusammenhang der Hartz-Reformen mit einer verbesserten Kriegsführungsfähigkeit der BRD überall auf der Welt bereits kurz nach ihrer Verkündigung im März 2003 offen angesprochen.

In einem mit den Sendern Phoenix und WDR geführten Interview erklärte Schröder, dass »es zwischen dem außenpolitischen Kurs der Bundesregierung und seinem Willen zu wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen eine `innere Beziehung´ gäbe. »Der Emanzipationsprozess nach außen muss im Innern durch Reformmaßnahmen, die wirtschaftliche Kraft neu schaffen, ergänzt werden, das müssen die Kritiker einzelner Vorschläge einsehen«, unterstrich der Kanzler« (zitiert nach Berliner Zeitung vom 29.3.2003) Mit anderen etwas polemisch zugespitzten Worten: Die »Verteidigung deutscher Interessen am Hindukusch« scheint es aus der Sicht der politischen Elite notwendig zu machen, die Leute hier sozialpolitisch abzukochen. Insoweit werden die uns von der politischen Elite mit den Hartz-Reformen angebotenen Perspektiven zumindest für einen kurzen Moment beunruhigend klar: Endlich auch hier arm und draußen Krieg! Das alles erlaubt die Feststellung: Die Einführung der Hartz- Gesetze scheint auch von oben – formal gesprochen – ein gigantisches Experimentierfeld zu sein. Es wird also höchste Zeit, sich wie gewünscht »proaktiv« an diesem Experiment von unten her zu beteiligen.

Mit wem – unter welchen Bedingungen: Was

wollen wir von den Gewerkschaften und anderen Kräften?

Die Gewerkschaften in ihrer alten sozialstaatlich- paternalistisch–fordistisch grundierten Form, sind gerade stehend K.O. Den Hartz-Quatsch haben sie selbst mit angerührt, letztes Jahr haben sie den Streik zur Einführung der 35 Stunden Woche im Osten mit Pauken und Trompeten verloren, die 100.000 Leute Anti-Sozialkahlschlagsdemo in Berlin vom 1. November 2003 weitgehend verschlafen, und aktuell gerade den 40-Stunden-Lohnabsenkungsdeal mit Siemens unterschrieben – sie können im Grunde gleich jetzt schon ein Angebot für eine lustige 48-Stunden-Woche hinterherschicken. Auf der anderen Seite werden sie aber in diesem Land auch weiterhin als betriebliche wie gesellschaftliche Ordnungsmacht gebraucht, und zwar vor allem gegen unberechenbare Proteste und unvorhergesehene innerbetriebliche Widerstände. Dass sie nach wie vor dazu in der Lage sind, die Außenrepräsentanz der Sozialproteste zu übernehmen hat der Verlauf des 3. April gezeigt. Wenn so ein Apparat erst mal in ordnungspolitisch motivierte Bewegung kommt, dann ist allemal mit ihm zu rechnen.

Gleichwohl operieren sowohl die Gewerkschaften, wie auch Attac als auch die aktuelle neugegründete Linkspartei in einem ungeheuren gesellschaftlichen Argumentationsvakuum. Ihre Argumentation ist, wie unsere auch, - jetzt bitte nicht erschrekken - ein Krisensymptom. Sie müssen aber – irgendwie- versuchen aus dem Vakuum heraus zu treten. Aber eins zeigt uns diese eigentümliche neue Linkspartei, die nichts lieber wünscht als in die alte im Vergehen begriffene Gesellschaftsordnung zurück zu kehren, was passiert, wenn man versucht ein wenig heraus zu schwimmen: Man lernt man den Bademeister kennen. Es gibt noch tausend andere Gründe diese Gruppierungen und Kräfte mitleidlos zu kritisieren und abzulehnen, gleichwohl sind sie damit aber nicht aus der Welt. Und unter Umständen oder möglicherweise sehr sicher sogar, wird man auf sie treffen, wenn die A.3.1.5.-Aktion Fahrt aufnimmt. Abgrenzung wäre dagegen nur defensiv, anders herum: Es ist richtig erst mal alle sowieso und auch diese Gruppierungen einfach dazu einzuladen, sich mit Kräften an der Durchführung einer »verbotenen« Aktion zu beteiligen.

Und dass eine derartige Form angestrebt werden soll, soll nicht irgendwelchen Identitätsgründen geschuldet sein, sondern muss sich von ihrem konkreten Inhalt sowohl aktuell, historisch, kulturell und mental jetzt angemessen begründen lassen. Der Verlauf und die Praxis der bisherigen Sozialproteste erweist, daß insoweit sie sich an die Spielregeln halten, knallhart verschluckt werden. Demgegenüber muss ein wesentlicher Sinn von A.3.1.5. darin bestehen, endlich die Spielregeln selber zu setzen, was notfalls auch zuvor in einer erbitterten Auseinandersetzung um genau diese Form erstritten werden muß. Denn in einem anderen Fall ist es nicht auszuschließen dass diese Aktion davon bedroht ist, politisch übernommen zu werden und in die bekannten Formen der politisch leer laufenden Repräsentation überführt zu werden.

Wozu: Die derzeit noch triste Praxis des Sozialprotestes

Auf den Anfang Mai im alternativen Mehringhof durchgeführten »Linken Buchtagen« organisierte eine Alt-Autonomen Gruppe eine Veranstaltung unter dem spannenden Titel: »Do the right thing – Die Berliner Linke und der soziale Angriff« Auf dem Podium saßen u.a. ein Vertreter des Berliner Sozialforums, der autonomen Gruppe Act! und des Berliner Sozialbündnisses. An sie wurden vom Moderator so filigrane Fragen danach gestellt, in welchen genauen Verhältnis sich ihre Gruppen denn so »zum Staat« und zur Globalisierung stellen. Keiner der Angesprochenen mochte diese Fragen in irgend einer Weise für irrelevant erklären, ganz im Gegenteil: Von allem Podiumsdiskutanten wurden sie – man ahnt es bereits – als ziemlich »wichtig« befunden. Der Vertreter des Berliner Sozialforums nutzte hier die Gelegenheit die Proteste und Widerstände von Genua und Chiapas für besonders bedeutsam zu erklären.

Hier sei doch ein »Niveau emanzipatorischer Kritik« erreicht worden, das im Kampf gegen Sozialabbau keineswegs unterschritten werden dürfte, überhaupt schien es dem Sozialforumssprecher an diesem Ort mehr als angebracht zu sein, bei den in diesem Land anstehenden Sozialprotesten vor »Sozialchauvinismus«, »Rassismus« und »Antisemitismus« warnen zu sollen. Nach ungefähr 50 Minuten eines derart besinnlichen Plausches riss dann einem Zuhörenden der Geduldsfaden und so unterbrach er in dominanter Weise das Gespräch und stelltedie Frage danach, was denn die Podiumsteilnehmerinnen eigentlich von den bis dato unerwähnt gebliebenen 500.000 DemonstrantInen dächten, die am 3. April in der BRD gegen den Sozialraub demonstriert hätten: Seien das denn nun alles DGB-Trottel, »Deutsche« oder wohlmöglich sogar Leute mit denen man vielleicht irgendwie versuchen sollte, zusammen zu kommen?

Der um sein klug ausgedachtes Frageregime fürchtende Moderator verwies diese ungeplante Intervention mit der Bemerkung »Wir machen jetzt erst mal weiter!« auf die hinteren Plätze. Immerhin wurde die Frage des störend Unterbrechenden dann aber doch noch vom Repräsentanten des Sozialforums großzügigerweise beantwortet: Aus einer Sicht sei ein umstandsloser Bezug auf eben jene 500.000 Leute deshalb »schwierig (...) weil die ja alle nach dem Demo wieder nach Hause gegangen« seien.

Diese überraschend knappe wie simple Antwort ist in sehr beunruhigender Weise wahr. Und diese Wahrheit wird auch nicht dadurch dementiert, dass man begründet vermuten kann, dass auch die Leute in Chiapas und Genua nach ihren großen Manifestationen irgendwann einmal »nach Hause« gegangen sein könnten. In der oben zitierten Antwort spiegelt sich sowohl das große Elend intellektueller Leidenschaft in der Reflexion des Charakters der hiesigen Sozialproteste als auch der bedrückende Umstand, dass diese – in der Tat! – noch nicht einmal bei denen nachhallen, von dem man zunächst vermutet, das sie davon umgetrieben sind. Mit anderen Worten: Auch uns hallt die Aprildemo nur halb so deutlich nach, wie sie es getan hätte, wenn sie Ausdruck einer florierenden sozialen Bewegung gewesen wäre, der man zutraut auch »morgen politisch rauszutreten«. Und genau das war beim Protest der 500.000 vom 3. April zunächst einmal nicht der Fall. Die Leute treten unter großen Mühen einmal heraus auf die Strasse, und scheinen sich dann wieder nach nirgendwohin zurück zu ziehen. Zu berücksichtigten ist dabei allerdings, das diese Lesart und Interpretation sowohl der politischen Elite wie auch den von ihr kontrollierten Medien sehr willkommen ist.

Sie haben auch nicht das geringste Interesse daran, die Existenz dieser 500.000 – Leute auf der Strasse in irgend einer Weise »im Spiel zu halten.« Ihre Lesart ist eine völlig interessierte und damit auch ganz andere. Hier gilt knallhart: »Diese Leute, diese Demo hat es nie gegeben! Und wenn doch, dann ist sie völlig irrelevant, verstehst du?!« Das ist die eine sehr strategische Seite einer insgesamt als trist zu bezeichnenden Situation, in der jeder Sozialprotest nach nirgendwohin verdampfen soll. Und das sie keineswegs unerfolgreich ist, zeigt die Beschreibung jener kleinen Veranstaltung im Berliner Alternativzentrum Mehringhof.

Die andere Seite dieses komplizierten Arrangements besteht darin, das uns derzeit schlicht noch die politischen wie sozialen Erfahrungen dafür fehlen, Bewegungen zu konstituieren oder sich in ihnen zu engagieren, die auf dem Terrain ihrer vollständigen Überflüssigkeit agieren müssen. Wie kann man politisch schlau, gut und trickreich handeln, wann auf eine massive Ausschlussdynamik zu reagieren ist, wenn man beständig davon bedroht ist von der eigenen wie auch der allgemeinen sozialen Misere verschluckt zu werden, anstatt sich selbst in einer Kultur der Unentbehrlichkeit ins Spiel zu bringen? Viele unserer politischen Erfahrungen kommen aus einer bewegungsreicheren Zeit, in der die frontale Thematisierung unserer eigenen Existenz nicht Thema war, man die Zeit damit zubrachte andere aufzufordern sich jetzt bitteschön »zu organisieren«.

Unsere Issues fanden gewisse Resonanz in der bürgerlichen Öffentlichkeit, unsere Aktionen konnten oft relativ schnelle Reaktionen verbuchen, ob nun in Form von staatlicher Repression oder in der modifizierten Übernahme unserer Anliegen. Demgegenüber scheint die Thematisierung kollektiver prekärer Existenz ein ödes, langweiliges und unangenehmes, vor allem aber politisch strategisch unter den Bedingungen der derzeitigen

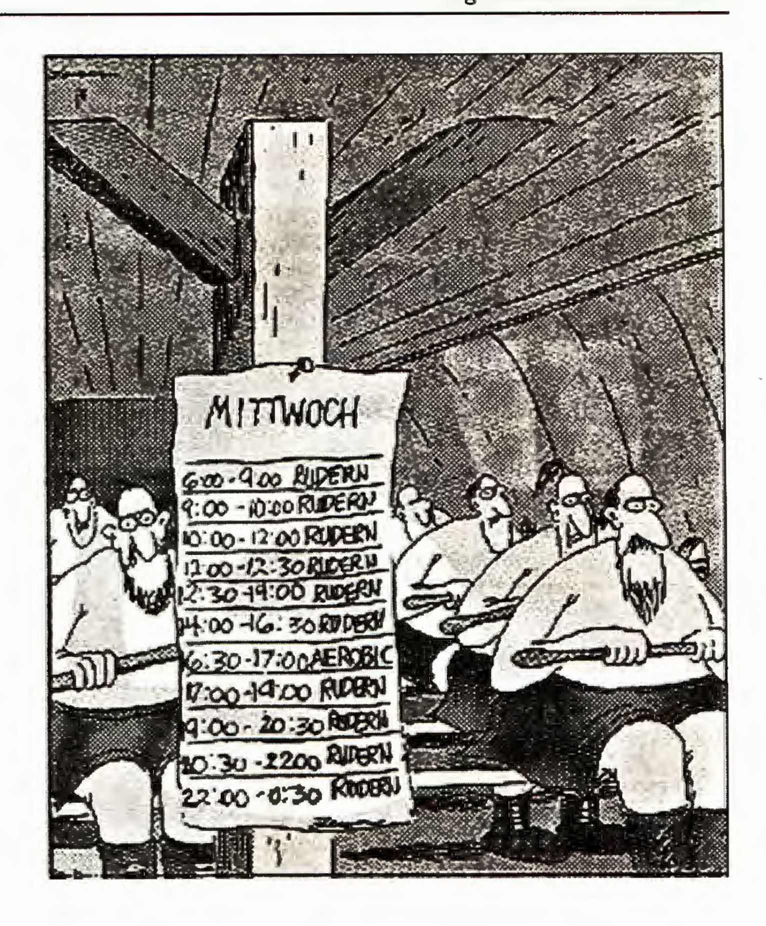
Kräftekonstellation für niemanden ausbeutbares Thema zu sein. Wir glauben, dass wer sagt, dass es notwendig und richtig ist, sich auf diesem Terrain politisch, sozial und kulturell zu organisieren, einen verflucht langen Atem braucht – mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit, dass er ihm zwischendrin ausgeht.

Kein Missverständnis: Wir hätten auch gerade mehr Lust, das alles nun mit mehr »Kommunismus ist sexy« oder »... schallala« usw. zu formulieren, aber dieser Trick funktioniert in diesem Fall leider nicht. Und überhaupt ist manchmal ist die beste Antwort auf eine komplizierte Frage das Aufwerfen einer anderen, einer besseren Frage. Das wurde hier jetzt einfach mal versucht.

Und schließlich wie

Zur Aktion und ihrer Technologie selbst: Wir kündigen hier den ersten den postfordistischen Arbeitslosenstreik bei der Arbeitsagentur schon mal an. »A.3.1.5« soll den regulären Betrieb möglichst aller Arbeitsämter in der BRD unterbrechen und stilllegen; an diesem Tag sollen dort gerade keine allgemeinen Begrüßungen, Kommentare oder sonstige Spassevents stattfinden. Zugleich soll mit der Praxis dieser Aktion auch nicht in erster Linie eine Blockade, eine Besetzung, eine Aneignung, oder gar ein Happening stattfinden. Und an einer »Beratung« sind wir an diesem Ort dort nur insoweit interessiert, als das sie mindestens einen gesellschafts-politischen Horizont eröffnen muss, anstatt diesen sozialtechnokratisch zu schließen. Statt die Leute allein zum Nutzen der Spielräume oder zum Tricksen aufzufordern, wollen wir uns über unsere Situation verständigen, Tricks vergesellschaften und trikkreich dem gesellschaftlichen Elend kollektiv den Kampf ansagen. Dabei besteht ein wesentlicher Grund um ins Gebäude zu kommen, in der kalten Jahreszeit und in der direkten Ansprache der dort gegen uns zukünftig mehr denn je eingesetzten Agenturbeschäftigten. In der Aktion selbst muss sich eine Perspektive auf eine nicht normierte, und in Elementen unvorhergesehenen Kommunikation realisieren.

Der Betrieb soll begründet für den gesamten Tag unterbrochen werden. Dafür brauchen wir aber den Selbstanspruch auf Kommunikation, nicht deren Abbruch. Um den kollektiven Charakter der ganzen Aktion zu unterstreichen macht es großen Sinn einen direkten Marsch auf diese Institution durchzuführen. Es soll schon gleich von Beginn an »offensiv zur Sache gehen«, anstatt dass wir uns nach und nach vereinzelt vor einem großen Gebäude einfinden, wo wir direkt betrachtet noch kleiner erscheinen, als wir es ohnehin schon sind und – aus der Perspektive der Macht – auch sein sollen. Überhaupt muß sowieso an jedem anvisierten Ort vorher genau geguckt werden, was an kollektiver Aktion wie auch Zugang möglich und sinnvoll ist. Ein jedes Arbeitsamt hat – wenn man genau hinschaut – hundert Zugänge, und keiner davon sollte uns für unseren geplanten großen Tag des kollektiven Widerspruches und der Unzufriedenheit verschlossen bleiben.



Dieser Anspruch einer Mischung aus »Demo, Aktion und Kommunikation« ist der kalten Einsicht geschuldet, das wir mit einem Marsch auf das Arbeitsamt, d.h. an einen Ort an dem wir noch nie haben sein wollen, der immer ein Ort war, an den wir gezwungen waren, hin zu gehen, sehr unbarmherzig auf die ziemlich ungelösten Widersprüche unserer eigenen politischen, sozialen wie philosophischen Existenz gestoßen werden. Und mindestens die gilt es in Bewegung zu bringen, anstatt sie abzubrechen. Die maximale Erfüllung des angestrebten politischen Zieles besteht in der Schließung aller Arbeitsämter in der Bundesrepublik. Nach dem gegenwärtigen Stand der konkreten Organisierung können wir derzeit davon ausgehen, den Betrieb von maximal fünf Arbeitsämtern in diesem Land beeinträchtigen zu können. Ob es bis zum 3. Januar 2005 noch erheblich mehr werden, hängt in den nun folgenden Monaten von unserer Fähigkeit zur Selbstmobilisierung und zur Initiierung einer diesbezüglichen breiten gesellschaftlichen Diskussion ab.

Die Idee dieser Aktion hängt aber gerade nicht an einer zentralen Mobilisierung zu wenigen bekannten Punkten und Orten ab. Statt dessen soll sich an diesem Tag ein breites flächendeckendes aber dezentral gestricktes Netzwerk des kollektiven Widerspruchs in alle Arbeitsämter dieses Landes hinein erstrecken. Und selbst an den Orten, wo eine direkte Beeinträchtigung des Arbeitsamtsbetriebes zunächst nicht erreichbar erscheint, ist es richtig sich dort mit fünf, zehn und vielleicht auch noch mehr Leuten zusammenzuschließen, um dieses »NEIN zu Hartz Vier, Fünf usw.!« wirksam werden zu lassen.

Auch wenn es sein kann, dass wir an diesem Tag an bestimmten Orten nicht Hunderte werden, so stehen in dieser Sache bei jeder einzelnen Aktion, die sich quer gegen die Arbeitsagentur bewegt, Millionen hinter uns. Und darüber hinaus gilt sowieso: Wenn man sich noch einmal den Inhalt der Hartz-Gesetze genauestens durch den Kopf gehen lässt, dann haben wir mit dieser zugegeben ungewöhnlichen Anstrengung kaum etwas verlieren und fast alles zu gewinnen. Fangen wir also mit der Organisierung unseres kollektiven Widerspruches einfach an.

Erst mal zwei-einhalb von ca. 4,5 Milliarden Überflüssiger auf der ganzen Welt

Heißer Herbst gegen Armut und Arbeitszwang

Auszüge aus einem Göttinger Reader gegen Hartz und Arbeitsmarktpolitik

Personal Service Agenturen und 1-Euro-Jobs - Warum es nicht dasselbe, aber doch das gleiche ist.

Unser September Angebot!
Rechnen Sie mit uns: Entleih: 5=4 Sie entleihen unsere Mitarbeiter für 5 Tage und zahlen nur für 4 Tage in der ersten Woche. Sollten Sie mit einem Mitarbeiter nicht zufrieden sein, bieten wir schnellstmöglich Ersatz.
(Aus einem Werbeanschreiben einer PSA an Unternehmen. Nicht nur ein Beleg für Dumpingangebote, sondern auch dafür, wie der Mensch buchstäblich zur Ware wird.)

Die PSA, das einstige Herzstück des Hartz-Konzeptes ist inzwischen abgestiegen zum Wurmfortsatz. Schon Ende letzten Jahres begann der Abgesang wegen ausbleibender "Erfolge". Seitdem ist fast gar nichts mehr von den PSA's zu hören. Übrig geblieben also nur ein unnützes Stück ohne Wirkung? Aufgestiegen sind dagegen die 1-Euro- Jobs, die so genannten Arbeitsgelegenheiten. Vom ehemals eher randständigen Modell in der Sozialhilfe, sind die "Arbeitsgelegenheiten" zum neuen Stern am Hartz- Himmel, zum Superschnäppchen für Wohlfahrtsverbände und Bildungsträger avanciert. Aber zahlenmäßiger Erfolg hin oder her, es geht bei beiden Modellen um mehr als darum, einige tausend Erwerbslose zu beschäftigen oder in Arbeit zu bringen. Sowohl PSA's als auch 1-Euro-Jobs sind Instrumente der Arbeitsmarktpolitik zur Durchsetzung eines Niedriglohnsektors mit Jobs ohne Rechte. Gleichzeitig wird der Druck auf die noch-arbeitenden Lohnabhängigen erhöht, sich mit immer weniger und immer schlechteren Arbeitsbedingungen zufrieden zu geben.

Auch ein Wurmfortsatz kann eine Funktion haben

Start für die PSA's war der Mai 2003. Schon im Dezember gab es bundesweit bereits 952 PSA's. Eine PSA funktioniert im Prinzip wie eine Zeitarbeitsfirma, weshalb sie oft direkt bei diesen angesiedelt sind. Das Arbeitsamt schickt die Erwerbslosen zur PSA, die diese bei sich einstellt. Dafür zahlt das Arbeitsamt zwischen 800 und 1000 Euro monatlich an die PSA. Der Betrag wird alle drei Monate abgesenkt. Der Erwerbslose bekommt im Durchschnitt einen Stundenlohn von 6-7 Euro brutto, Weihnachts- und Urlaubsgeld gibt es nicht. Fahrtkosten müssen selber getragen werden. Die Wochenarbeitszeit beträgt 35 Stunden. Wird der Erwerbslose von einem Betrieb fest übernommen für mindestens sechs Monate, zahlt das Arbeitsamt nochmals eine Prämie an die PSA. Bis Mai 2004 wurden etwa 10.500 Erwerbslose "fest" vermittelt, geplantes Ziel waren 50.000. Wie und wohin sie vermittelt wurden, darüber wird nicht viel geredet. Das Arbeitsamt wirbt immer noch mit einem "30%igen Klebeeffekt". Doch diese Vermittlungen sind mehr Schein als Sein. Stellen doch die Zeitarbeitsfirmen, bei denen die PSA's angesiedelt sind, die Leute zu einem großen Teil einfach bei sich selber ein, zum anderen suchen sich viele Leute selber einen Job – und für beides kassieren die PSA's die Vermittlungsprämien. Viele Erwerbslose weigerten sich bisher, für 6-7 Euro brutto die Stunde zu arbeiten. Mit ein Grund, warum die Sperrzeiten insgesamt über 300% angestiegen sind. Inzwischen melden einige PSA's eine steigende Nachfrage seitens der Erwerbslosen. Der Grund dafür ist die Angst vor ALG II, dem völligen Absinken in die Armut und die Repressionsfalle der Arbeitsämter, die mit allen Mitteln versuchen, Sperrzeiten zu provozieren und Erwerbslose aus dem ALGBezug zu drängen.

Doch davor schützt eine Beschäftigung bei einer PSA nicht: alle Gespräche mit den Erwerbslosen werden protokolliert und Fragebögen des Arbeitsamtes zu den einzelnen Personen ausgefüllt. Alles geht an die Arbeitsämter nebst Meldungen über nicht eingehaltene Termine usw. Beim Arbeitsamt wird dann über Sanktionen und Sperrzeiten entschieden. So ist die PSA ein verlängerter Kontrollarm des Arbeitsamtes. Für die Betriebe sind die PSA's nicht nur eine willkommene Billiglohnvariante zum kurzfristigen Ausgleich von fehlenden Arbeitskräften. Die preiswerte Ausleihe ist auch eine Methode, mit der eine völlig unterschiedliche Entlohnung für gleiche Arbeit durchgesetzt wird. Was z.B. beim VWModell 5000x5000 noch für einigen Zündstoff und viel Erklärungsbedarf sorgte, ist bei der PSA-Ausleihe gar kein Thema mehr.

Sternchen oder Star am Hartz-Himmel?

Beschönigend wird von Politikern und Sachverwaltern über die Schaffung von "Arbeitsgelegenheiten" geredet. Wohlfahrtsverbände und Beschäftigungsgesellschaften sollen diese "Arbeitsgelegenheiten" zur Verfügung stellen. Alles ist möglich, wenn es denn zusätzlich und gemeinnützig ist. Auf der Internetseite des Sozialministeriums Schleswig-Holstein ist eine Ideenbörse für die 1-Euro-Jobs zu finden: Lesemutti an Schulen, Aufpasser für abgestellte Fahrräder, feststehende Fremdenführer usw. Für jeden erlernten Beruf ist etwas dabei, egal ob ungelernt oder Akademiker. Noch sollen diese Jobs auf 6 Monate beschränkt sein, Vollzeit und mit 1-2 Euro die Stunde entlohnt. Diskussionen über eine Verlängerung bis zu zwei Jahre und eine niedrigere Aufwandsentschädigung bis zu 0 Euro werden gerade ganz intensiv diskutiert. War die Resonanz ursprünglich verhalten, haben inzwischen alle Wohlfahrtsverbände erklärt, sie könnten Tausende solcher Arbeitsgelegenheiten schaffen.

Für die in den nächsten Jahren wegfallenden Zivildienststellen wird dringend Ersatz benötigt. Und dann noch so billig, sie verdienen sogar noch daran. Zahlt doch das Arbeitsamt an die Träger 500 Euro pro Monat und pro Erwerbslosen, wovon der Erwerbslose nur einen Bruchteil bekommen wird. Auch hier werden die Träger solcher Maßnahmen der verlängerte Kontrollarm des Arbeitsamtes sein. Auch sie werden Berichte und Fragebögen ausfüllen und weiterleiten. Der 1-Euro-Job ist die unterste Stufe der Beschäftigungsskala.

Hier wird auch gar nicht erst ein Arbeitsverhältnis begründet, sondern eben eine Arbeitsgelegenheit geschaffen. Das heißt, es gibt keinen Anspruch auf irgendeine Art von Lohn, außer eben einer Aufwandsentschädigung, die gewährt wird. Es gibt keine Arbeitsrechte, die eingehalten werden müssen oder von den Beschäftigten wahrgenommen werden könnten, außer dem Bundesurlaubsgesetz und den Vorschriften zum Arbeitsschutz. Ein Streik z.B. für tarifliche Entlohnung wäre eine Verweigerung der Mitwirkungspflicht und würde mit dem Ausschluss aus dem ALG II-Bezug sanktioniert werden.

Herzstück und Superschnäppchen

Sowohl PSA's als auch 1-Euro-Jobs sind Elemente in einem ganzen System zur Entrechtung, Disziplinierung und Kontrolle von Erwerbslosen sowie zur Flexibilisierung und Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen. In diesem Zusammenhang sind auch die Ich- AG's, die Mini- oder Midi-Jobs zu sehen. Auf der einen Seite werden Erwerbslose dazu gezwungen ‚Tätigkeiten zu machen, aus deren Verantwortung sich der Staat mehr und mehr zurückzieht, und das ohne Lohn: in Kindergärten, Schulen, Altenheimen, Pflegeheimen und Krankenhäusern oder Grünflächenarbeiten jeder Art. Auf der anderen Seite werden Erwerbslose gezwungen, jede Arbeit anzunehmen, egal zu welchem Lohn und zu welchen Bedingungen. Angesichts der 1-Euro-Variante und der zunehmenden Repression und Verarmung werden auch immer mehr Erwerbslose dazu bereit sein. Die Erwerbslosen werden so zu billigen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt. Der Druck auf die Lohnabhängigen wird durch die Politik gegenüber den Erwerbslosen nicht gemindert, sondern gestärkt. Mehr und mehr verschiebt sich das Kräfteverhältnis zu Gunsten der Arbeitgeber. Die letzten Tarifauseinandersetzungen wie etwa bei Daimler-Chrysler beweisen das nur zu gut. PSA's und 1-Euro-Jobs weisen also in die gleiche Richtung: Entrechtung, Prekarisierung und Verarmung.

Soziales Zentrum Göttingen

Gesellschaftlicher Reichtum ist da, um verteilt zu werden. Nur: Wie wird er hergestellt? Und wer bekommt wie viel vom Kuchen? Wer hat überhaupt Zugang zu dem ständig wachsenden Reichtum? Diese Fragen waren schon immer eines der zentralen Felder für politische Auseinandersetzungen. Bis Mitte der 1980er Jahre spielten sich die Kämpfe um Verteilung dabei in einem recht stabilen Koordinatensystem ab: Die Löhne für abhängig Beschäftigte wurden in Tarifauseinandersetzungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften festgesetzt, für den Lebensunterhalt von Erwerbslosen und RentnerInnen sorgten – wenn auch in bescheidenem Maß – die sozialen Sicherungssysteme. Doch seitdem hat sich viel geändert. Es wurden immer mehr Maßnahmen durchgesetzt, die die Situation von Lohnarbeitenden wie von Erwerbslosen und Alten verschlechterten. Eine besonders einschneidende dieser Veränderungen ist die Zunahme so genannter prekärer Arbeitsverhältnisse. Prekär bedeutet in diesem Zusammenhang so viel wie: ungesichert, befristet und in aller Regel schlecht bezahlt. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind jedoch nur schwer auf einen Nenner zu bringen: Unter ihnen finden sich sowohl Aushilfsjobs in der Pommesbude oder der Kneipe, langfristige und niedrigqualifizierte Arbeit wie die von Reinigungskräften, aber auch verschiedene Beschäftigungsformen, die den herkömmlichen normalen Arbeitsverhältnissen noch stark ähneln, aber schon entscheidende Verschlechterungen für die Beschäftigten bedeuten, wie zum Beispiel Leiharbeit. Sogar die in den 90er Jahren allgegenwärtigen Computer-SpezialistInnen können inzwischen zu den prekär Beschäftigten zählen, dienen dabei aber oft als positives Leitbild ‚flexibilisierter' Arbeitsverhältnisse: Kreativ, eigenständig und hoch flexibel, haben sie angeblich neue, ungeahnte Freiheiten und dazu noch hohe Einkommen. Doch ganz gleich, ob Verkäuferin mit 400-Euro-Job, "freie" Programmiererin oder nach Erfolg bezahlter Call-Center-Telefonist: Was alle prekär Beschäftigten gemeinsam haben, ist, dass sie deutlich weniger Rechte haben als ‚normal' Beschäftigte. Vor allem im niedrig qualifizierten Bereich empfinden sie ihre Arbeit oft als Zumutung, haben jedoch keine andere Wahl: Die Jobs, so schlecht sie auch sind, bieten ihnen die einzige Chance auf Einkommen und sozialen Anschluss. Widerstand prekär Beschäftigter gegen ihre Schlechterstellung hat es bislang wenig gegeben. Auch eine gewerkschaftliche Form der Organisierung scheint für sie noch schwerer zu erreichen zu sein als in anderen Branchen: Prekär Beschäftigte sind überall und nirgends, es gibt für sie keinen gemeinsamen Ort, wie es etwa die Fabrik für IndustriearbeiterInnen ist. Zudem sind sie sehr heterogen – die Lebenssituationen von Studierenden, die nebenbei im Call Center jobben, von MigrantInnen, die Vollzeit auf dem Bau arbeiten, oder von gekündigten ITExpertInnen, die in die Selbstständigkeit gedrängt werden, lassen sich nicht einfach über einen Kamm scheren. Der sinkende Organisationsgrad schwächt die Gewerkschaften in den tariflichen und politischen Auseinandersetzungen. Die Arbeitgeberverbände versetzt das in die Lage, die Beteiligung der Unternehmen auch an der Finanzierung der Sicherheitssysteme zu reduzieren und erkämpfte Rechte von ArbeitnehmerInnen weiter zu beschneiden – zumal seitens der Regierenden nicht mit Gegenwind zu rechnen ist. Die herrschende Politik reagiert auf die Rationalisierungen im industriellen und Dienstleistungssektor vielmehr damit, alle ‚Überflüssigen' zu niedrigen Löhnen auf den Arbeitsmarkt zu treiben. Lösungen jenseits von Lohn- oder Zwangsarbeit werden gar nicht erst diskutiert. Kurz: Prekarisierung wird staatlicherseits nicht erschwert, sondern gefördert. Besonders negativ wirkt sich diese Politik für Frauen und für Menschen mit Migrationshintergrund aus. Für sie bedeutet dies eine weitere Zementierung ihrer Diskriminierung. Denn sie sind es, die traditionell in niedrig-qualifizierte Beschäftigungen gezwungen werden. Für uns stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, wie abhängig Beschäftigte in der gegenwärtigen Situation für soziale Kämpfe zu organisieren sind. Auch die Perspektive solcher Kämpfe ist aus unserer Sicht zu diskutieren: Ist das Ziel die Verbesserung von Arbeitsbedingungen innerhalb kapitalistischer Verhältnisse, oder muss eine Neuauflage der sozialen Kämpfe auch die Lohnarbeit selbst in Frage stellen? Dabei stellen wir fest, dass innerhalb der Linken das Thema Arbeit und Abschaffung derselben theoretisch gerne und oft beackert wird, allein um die Frage einer spezifisch linken Praxis in Arbeitskämpfen ein großer Bogen gemacht wird. Doch gibt es auch einige Versuche, im prekären Feld Auseinandersetzungen zu führen und eine linke Praxis zu entwickeln. Hierbei sind schwierige Probleme zu lösen: Wie erreicht man die prekär Beschäftigten? Was sind gemeinsame Interessen, die Basis von Kämpfen sein können? Was sind die konkreten Konflikte und wie werden sie gelöst? Welche ‚Lösungen' sind vom linken Standpunkt aus erfreulich, welche problematisch? Kann man überhaupt abhängig Beschäftigte organisieren oder müssen sie es selbst tun? Welche Rolle spielen die Gewerkschaften?



Olafa : Offene Linke – Alles für Alle

Anti-Atom-Seite



Am ersten Novemberwochenende wird ein Castor-Transport aus LaHague in Gorleben erwartet. Die Gelegenheit, den warmen Schlafsack vom Dachboden zu holen, FreundInnen und GenossInnen wachzurütteln und sich am Widerstand im Wendland zu beteiligen.

Deutschland steigt aus der Nutzung der Atomenergie aus ? So naiv sind wir nicht!

Vielleicht reduziert sich die atomare Kapazität in Deutschland tatsächlich, wenn gleichzeitig aber in Osteuropa neue Anlagen für den westlichen Strommarkt aufgebaut werden, ist nichts gewonnen. Anlagenbauer wie Siemens basteln bereits an der nächsten Generation von Reaktoren. Die Kapazität der Urananreicherungsanlage in Gronau wurde in den letzten Jahren vervierfacht. Auf der politischen Ebene trommelt die CDU offen für einen Ausstieg vom Ausstieg. Ideologisch wird die falsche Alternative" Atomenergie oder Klimakatastrophe" aufgemacht...

Der Energiekonsens gewährt den Anlagen noch bis zu 30 Jahren Weiterbetrieb, am Ende dieser 30 Jahre wird noch einmal doppelt soviel Müll produziert worden sein, wie ohnehin schon existiert. Dieser Müll gewährleistet den Weiterbetrieb der Wideraufbereitungsanlagen in LaHague und Sellafield, atomare Dreckschleudern gewaltigen Ausmaßes.
Es geht bei der "zivilen" Nutzung der Atomenergie nicht nur ums Geld, bei der Wiederaufarbeitung fällt der Bombenstoff Plutonium an, für den es keine rechte Verwendung gibt – das "Verbrennen" in Reaktoren ist aufwändig, teuer und wird kaum praktiziert. "Zivile" Atomprogramme haben immer ein militärisches Programm als Option, und oft wird diese Option wahrgenommen.
Die Energieversorgung ist ein strategischer Sektor der Industriepolitik. Dieser Sektor wird von wenigen Konzernen beherrscht, die gemeinsam soviel Geld bewegen, wie der Staatshaushalt der BRD. Zwar sind diese Konzerne nicht automatisch auf Atomanlagen angewiesen, wenn sich der Gewinn auch anders erwirtschaften lässt, wird das bestimmt nicht ausgelassen. An grossen Anlagen, die nur von kapitalkräftigen Unternehmen betrieben werden können, gibt es aber ein strategisches Interesse als Mittel zur Durchsetzung von Marktdominanz. Die hochsubventionierten Atomanlagen sind da ideal, kleine, dezentrale oder regenerative Anlagen nicht.

Zu glauben, dass sich die Sache mit der Atomenergie von selbst erledigen wird, ist Selbstbetrug. Zu glauben, dass die politischen Verhältnisse in den nächsten 30 Jahren den "Ausstiegsbeschluss" nicht wieder kippen werden, ist realitätsfremd.

Wenn wir den Ausstieg wollen, müssen wir das selber machen – wichtige Dinge kann mensch keiner Regierung überlassen !

Widerstand ist an vielen Orten und bei vielen Gelegenheiten möglich, der Castortransport ins Wendland ist vielleicht die politisch profilierteste Gelegenheit.

Beteiligt euch am Widerstand im Wendland, bildet Banden, bereitet euch vor. Aktiviert eure Städtezusammenhänge.

Ihre werdet im Wendland nicht alleine sein – von Lüneburg bis zum Endlager sind Aktionen, Infopunkte, Schlafplätze und Vokùs in Planung und Aufbau.

Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit !

Termine

Fr., 5.1. 16:00 Lüneburg, Clamartplatz Großdemo
Fr., 5.11. 18:30 Gorleben zum ehemaligen Trafohaus "Gorleben brennt" "Feuerzauber"
Sa., 6.11. 12:00 Dannenberg, ab Marktplatz Auftaktdemonstration über Marschtorstraße, Essokreuzung, Raiffeisenstraße bis Kreuzung Roadhouse
14 Uhr Kundgebung, ca. 15.30 Uhr Abschluß mit allen Treckern. Dann übernehmen Bauern Richtung Quickborn und Gusborn.
Sa.,6.11. 18:30 Metzingen im Rundling Laternenumzug
So,7.11. 12:00 Metzingen "Wir machen Arbeit" Rallye Monte Göhrde Metzingen, Rundling: Ziel und Zwischenstopp: Lichtung Wanderhütte
So., 7.11. 18:00-20:00 Hitzacker, am Bahnhof Kundgebung zum Stand der Dinge
Mo., 8.11. Rings um Harlingen und Leitstade Tag X (Schienen) Wandertag im Castor-Wald: "wir nehmen die Fäden in die Hand" Die Aktion beginnt, sobald der Transport Maschen/Celle verläßt Castor-Ticker beachten!
Treffpunkte: "Wandertreffs" in Harlingen, in Metzingen und am Camp Hitzacker.

Evtl. geht dann an der Strasse weiter.

Weiter Infos unter:
www.nadir.org/sand
www.castor.de
www.antiatomaktuell.de
www.ligatomanlagen.de



Verhaftungen in Aachen und Hausdurchsuchungen in Dresden

Informationen zu der Verhaftung von Bart De Geeter, Jose Fernadez Delgado, Begonia und Gabriel Pombo da Silva am 28.06.04 in Aachen

Im Zuge der Ermittlungen in diesem Fall wurde im Auto der Gefangenen ein Dresdner Stadtplan gefunden. Auf diesem sollen Dresdner Waffenläden und Polizeistationen markiert gewesen sein. Ebenfalls soll ein eventueller Fluchtweg nach Tschechien dargestellt sein. Dieser gefundene Stadtplan und eine umgehend eingegangene BesucherInnen erlaubnis sowie die Beschaffung eines Anwalts für den Belgier Bart waren Grund für eine Hausdurchsuchung zweier Anti-Knast-Aktivistinnen in Dresden.

Am 28.06.2004 wurden vier Leute (3 Männer, 1 Frau)aus Belgien und Spanien an einer Tankstelle in Aachen aufgegriffen. Der Vorwand der Kontrolle war eine Drogenkontrolle. Die im Auto befindlichen Personen waren Jose Fernandez Delgado, Gabriel Pombo da Silva, Begona Pombo da Silva und Bart De Geeter. Zwei der Insassen sind illegalisiert in Spanien, als auch Deutschland. Bei der Kontrolle fiel ein Warnschuss von einer der kontrollierten Personen. Die Frau wurde von der Polizei überwältigt und festgenommen, die drei Männer
nahmen darauf hin ein Pärchen, das sich an der Tankstelle aufhielt als Geiseln und flohen in einem fremden Auto. Es kam zu einer Verfolgungsjagd mit Schusswechsel. Beim zweiten Autowechsel kamen die Geiseln frei, die Fliehenden verschanzten sich in einer Autowerkstatt, in der sich zu diesem Zeitpunkt mehrere Personen befanden. Einer der Verfolgten versuchte zu entkommen und wurde dabei festgenommen, die beiden anderen ergaben sich.

Die Identitäten waren zunächst unklar, da davon auszugehen war, dass die Papiere gefälscht waren. Seit der Festnahme befinden sich die vier Leute in verschiedenen Knästen in Deutschland und haben Anwälte aus Berlin, Köln und Dresden.

Der 25 jährige Bart ist belgischer Anarchist, er war unter anderem bei der internationalen anarchistischen Anti- Repressionsgruppe ABC (Anarchist Black Cross) in Gent aktiv und gehört laut Ermittlungsbehörden der "linksextremen" Szene Belgiens an. Der 36jährige Gabriel Pombo da Silva ist ein bekannter spanischer Anarchist, der 14 Jahre im spanischen Hochsicherheitstrakt einsaß und im Oktober letzten Jahres aus Spanien entflohen ist und somit gegen seine Bewährungsauflagen verstoßen hat. Aufgrund seines politischen Kampfes, auch im Knast, unterlag er einer besonderen Repression. In den 14 Jahren wurde er psychisch und physisch gefoltert. Sein politischer Kampf im Knast beinhaltete auch Knastrevolten. Nach seiner Flucht aus Spanien verfaßte er ein Communique, welches sich an die comrades in und außerhalb des Knastes und seine Familie richtet.

Der 44jährige Jose Fernandez Delgado saß mindestens 8 Jahre im Spanischen Knast ein und kommt ebenfalls aus der anarchistischen Bewegung Spaniens. Auch er ist aus Spanien geflohen und ist somit illegalisiert. Begonia ist 34 Jahre alt und lebt legal in Deutschland. Sie ist die Schwester von Gabriel und hat eine 7jährige Tochter.

Den drei Männern wird von der Staatsanwaltschaft Aachen u.a. 9fach versuchter Mord, Geiselnahme und schwerer Eingriff in den Straßenverkehr vorgeworfen. Im Moment wird nicht nach 129a ermittelt.
Begonia ist nach unseren Informationen wegen der frühen Festnahme nicht von allen Vorwürfen betroffen, allerdings wird ermittelt, ob sie in der Vergangenheit an Banküberfällen beteiligt war.

Es existiert kein Auslieferungsantrag nach Spanien oder Belgien, da die Strafsache in Deutschland, bzw. Aachen verhandelt werden wird. Inwieweit und ob Vorwürfe aus anderen EU-Staaten zum tragen kommen ist uns nicht bekannt. Die Ermittlungen laufen jedoch gegen das internationale linksradikale Spektrum, d.h. spanische, belgische und deutsche Linke sind von den Ermittlungen betroffen und werden als internationales Netzwerk gehandelt.

Im Zuge der Ermittlungen in diesem Fall wurde im Auto der Gefangenen ein Dresdner Stadtplan gefunden. Auf diesem sollen Dresdner Waffenläden und Polizeistationen markiert gewesen sein. Ebenfalls soll ein eventueller Fluchtweg nach Tschechien dargestellt sein. Dieser gefundene Stadtplan und eine umgehend eingegangene BesucherInnenerlaubnis sowie die Beschaffung eines Anwalts für den Belgier Bart waren Grund für eine Hausdurchsuchung zweier Anti-Knast-Aktivistinnen in Dresden. An der Hausdurchsuchung waren LKA Sachsen und Polizei Aachen beteiligt. Mitgenommen wurden
Handys, Computer, Schriftproben, Briefe von Gefangenen und Faschingsbedarf.
Vorwand für die angeordnete Hausdurchsuchung ist der "Verdacht zur Verabredung eines bewaffneten Raubüberfalls". Eine der beiden Betroffenen hat über ihren Anwalt Beschwerde gegen die Hausdurchsuchung eingelegt, welche vom Landesgericht Aachen ohne Begründung abgewiesen wurde. Daraufhin wird Verfassungsbeschwerde eingelegt.

Die beiden Aktivistinnen sind seit Jahren in der Anti-Knast-Arbeit und der Roten Hilfe aktiv. Diese Arbeit beinhaltet Kontakt und Öffentlichkeitsarbeit mit und für Gefangene, als auch die Auseinandersetzung mit Knast im Allgemeinen. Konkret sind das Briefkontakt, Besuch im Knast, Öffentlichkeitsarbeit im Namen der Gefangenen und Beteiligung an Solidarisierungskomitees und Prozessbeobachtung.

Im Gegensatz zur öffentlichen Berichterstattung, die die Gefangenen als gewalttätige kriminelle mit politischem Hintergrund diffamieren, handelt es sich in unseren Augen um Menschen, die seit Jahren in linken, anarchistischen Bewegungen aktiv sind und somit auf unsere Solidarität bauen können.
Es geht nicht nur darum, dass Anwälte besorgt wurden, sondern dass auch eine internationale Solidaritätskampagne losgetreten wird. Anfänge haben ABC-Gent und die Rote Hilfe Dresden geleistet. ABC-Gent hat parallel Kontakte nach Spanien. Die Solidarisierung muss in dieser Kampagne vorangetrieben werden, zum anderen muß die Transparenz für die Gefangenen gewährleistet werden, d.h. intensiver Briefkontakt in die Knäste, BesucherInnenerlaubnisse, Knastkundgebungen, Knastradio etc. (Adresse siehe unten).

Zum anderen muss die Repression gegenüber der Anti-Repressionsarbeit zum Thema gemacht werden, da es im ureigenen Interesse jeder Antirepressionsarbeit liegen muss die Kriminalisierung zu thematisieren und spätestens jetzt die politische Dimension daran bewußt zu machen. Es trifft zwei, gemeint sind wir alle!!!

Die Gefangenen sitzen in Isolationshaft, d.h. mindestens 23 Stunden Zelle, keinerlei Kontakt zu anderen Gefangenen und müssen Anstaltskleidung tragen. Gabriel wird halbstündig durch ein Zellentürfenster beobachtet und die Zellenbeleuchtung wird nachts willkürlich von den SchließerInnen betätigt, was zu Schlafentzug führt. Bei Jose ist bekannt, dass er derzeit nicht einmal Hofgang hat, er ist somit 24 Stunden in der Zelle.



Wer schreiben will, sollte unbedingt daran denken, dass die Briefe zensiert werden. Ansonsten bitte mindestens eine Briefmarke beilegen!
Die Adressen für Briefe:
Bart De Geeter (JVA Düsseldorf, Ulmenstraße), geb. 11.10.1978

Jose Fernandez Delgado (JVA Wuppertal, Simonshöfchen), geb.09.05.1960

Gabriel Pombo da Silva (JVA Aachen), geb.19.11.1967
Begona Pombo da Silva (JVA Köln), geb. 05.02.1970

Alle Briefe über:
C/o Staatsanwaltschaft Aachen
AZ 401 JS 284/04 Stiftstraße 39-43
52062 Aachen

Die Brieflaufzeiten sind erfahrungsgemäß mindestens 14 Tage in eine Richtung.
Geldüberweisungen an Gefangene direkt:
Gabriel Pombo da Silva

Zahlstelle der JVA Aachen
Kontonummer: 5211 20-507
BLZ 370 100 50 Postbank Köln

Begoña Pombo da Silva
Kontonummer gerade nicht bekannt, da Begona von Heidelberg nach Köln verlegt wurde (ihr kriegt die schon raus!)
BLZ 370 100 50 Postbank Köln

Bart De Geeter
Bankverbindungen für Überweisung an Gefangene: Zahlstelle der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf,
Kontonummer: 106 925 08, Postbank Köln, BLZ 370 100 50

José Fernandez Delgado
Postbank Köln BLZ 370 100 50
Konto Nr. 10 691 506

Hinweis:
Bei allen Überweisungen unbedingt den Namen, Vornamen und Geburtsdatum des Gefangenen im Feld "Verwendungszweck" angeben! Spendenkonto Rote Hilfe Dresden: Konto 609 760 434 bei Postbank Essen, BLZ 360 100 43 Kennwort: "Vorsicht Besuchserlaubnis".

Antwort an die Flora von der Interim-Redaktion

An das Plenum der Roten Flora – Antwort der Interimredaktion (Nr. 602, September 2004)

Wie im Vorwort der letzten Ausgabe (Nummer 601) angekündigt, hier nun einige Kritikpunkte von uns zum ausführlichen Debattebeitrag "The Good and the Evil – Diskussionspapier der Roten Flora zu Antisemitismus"

Punkt 1.2.: Kritik an der verkürzten Kapitalismuskritik...

Ihr führt in Eurem Text mit viel Leidenschaft und Ausführlichkeit den Gedanken aus , dass verkürzte Kapitalismuskritik falsch ist. Zu diesem Schluss kommt man ja nun doch recht schnell. Aber leider seid Ihr ganz ganz still an dem Punkt, wo es für uns eigentlich erst richtig spannen wird: Was könnte und müsste denn die Kritik an der verkürzten Kapitalismuskritik für Theorie und vor allem für die Praxis der radikalen Linken heißen ? Warum bleibt Ihr genau da so stumm, wo es um die Konsequenzen dieser Kritik geht? Wie wollt Ihr denn "(konkrete) kapitalistische Arbeit und Produktion" politisch angreifen und praktisch kritisieren? Wir tun uns in innerer Praxis da gar nicht immer so leicht und hätten schon gerne mal gehört, wie das bei Euch so aussieht. Um es anschaulicher zu machen: reicht beispielsweise bei Anti-Hartz-Protesten oder Aktionen gegen Arbeitsämter der Verweis auf das schöne faule Hängemattenleben als Gegenentwurf zum diesen (deutschen) Arbeitsethos? Oder ist es schlau, doch wieder Hand in Hand mit den OperaistInnen Sabotage und Zerstörung an den Maschinen des miesen Fabriksystems zu betreiben?

Wir würden uns zu diesen Fragen endlich mal mehr wünschen, als immer wieder und wieder zu hören, wie verkürzt verkürzte Kapitalismuskritik ist...

...was und direkt zum Motiv der Schuldabwehr (Punkt 1.3.) führt:

Auch unserem letzten Satz ließe sich bestimmt die Intention Schuldabwehr unterstellen – aber genau das ist unser großes Problem mit diesem psychologisierenden Konzept: Schuldabwehr lässt sich nicht beweisen, sie lässt sich nur unterstellen. Nix gegen Sensibilität und Selbstreflexion in diesem Bereich, aber wir haben den Eindruck, dass eine solche Kritik häufig ohne jegliche Argumente auskommt und für sich genommen schon als markiger Beweis gilt. Außerdem teilen wir weder Eure Behauptung,

das "innerhalb der radikalen Linken kaum eine Diskussion um eigene Vorstellungen über eine angemessene Erinnerungspolitik gegeben hat", noch die polemische Zuspitzung dass "eben auch die radikale Linke oft nichts mehr mit der deutschen Vergangenheit zu tun haben möchte". Auch wenn wir wahrlich nicht mit allen Formen und Praxen übereinstimmen, die in diesem Bereich vorkommen (z.B. halten wir linksradikales Kranzniederlegen an z.B. antifaschistischen oder jüdischen Erinnerungsstätten doch für ein sehr bitteres Zeichen einer Unfähigkeit, eigene Formen und Ausdrucksweisen zu finden), so fallen uns auf Anhieb eine ganze Reihe von Gedenk-, Geschichts- und Erinnerungspolitiken und -aktionen ein, bspw. die alljährliche 9. November Demo in Berlin, antifaschistische Stadtrundgänge oder Kaffeefahrten, die Erich-Mühsam- Gedenkdemo, Teach-Ins gegen Antisemitismus auf einem deutschen Kriegsgräberfriedhof in Guben, Bildungswanderungen auf den Pfaden der ehemaligen PartisanInnen in Italien oder Griechenland, Denkmalsumbenennungen oder das Aufstellen/Anbringen "eigener" Denkmale oder Tafeln für ZwangsarbeiterInnen, die Aktionen gegen die Pfingsttreffen der ehemaligen NS-Gebirgsjäger in Mittenwald usw. Dazu fallen uns dann auch mindestens genau so viele Debatten um eben diese konkreten Praxen und Formen ein, also z.B. die Diskussionen darum, die Proteste in Mittenwald mit einem hearing mit Überlebenden Opfern der Massaker zu verbinden, oder die Überlegungen, inwiefern ein sich-in-die-Tradition-von-WiderständlerInnen-stellen durch Antifas heute in Ordnung geht oder nicht. Genau solche Fragen, ob und wie sich linksradikales "Gedenken" von offiziellen oder anderem Gedenken unterscheiden sollte oder ob Erinnerung immer mit Handeln heute zusammenzubringen ist oder nicht, stellt sich etwa allen OrganisatorInnen einer 9.-Novermber Demo immer wieder, allein, wenn die Redebeiträge, zu besuchende Orte und Bündnisfragen diskutiert werden.
Wir sehen im übrigen auch die Politik der radikalen Linken heute und schon viel früher, die sich gegen Wiederaufrüstung und Großmachtstreben Deutschlands, gegen Rüstungsexporte, Kriege etc. richtet(e) im Kontext auch dieser historischen Auseinandersetzung mit Deutschlands Geschichte. Viele antideutsche Argumentationen machen es sich verdammt einfach, die Beschäftigung mit Deutschland (nationalsozialistischer) Vergangenheit als neue antideutsche Errungenschaft hervorzuheben.
...und dass Ihr offensichtlich in den Feuilletons so wenig linksradikale Positionen zur Walser-Bubis-Debatte gefunden habt, hat uns angesichts der ansonsten zu jedem anderen Thema ja immer sehr weit verbreiteten Veröffentlichung und Wahrnehmung linksradikaler Ansichten geradezu überrascht...
Wir haben selbst auf die Schnelle beim Nachblättern in unserer Lieblingspublikation einiges zum Thema gefunden (vgl. z.B. Nr. 468/1999, 469/1999).

"Don't fight the player, fight the game"???

Was das Finanzkapital angeht, haben wir nur gelesen, dass ein Angriff darauf eine offene Flanke zum Antisemitismus hat. Also? Was bedeutet das konkret? Unserer Ansicht nach gab und gibt es bei Aktionen der radikalen Linken etwa gegen Großkonzerne, Banken, SpekulantInnen etc. schon sehr viel länger, als Ihr das offenbar unterstellt, schlaue und tiefergehende Diskussionen. Wir wundern uns schon, dass Ihr, sobald das Thema nun bezogen auf Antisemitismus aufgezogen wird, offenbar vergesst, dass auch bisher schon Brandanschläge auf Scheißkonzerne und eingeworfene Scheiben bei Banken auf ihren Sinn und Zweck hin diskutiert wurden und werden, etwa: Kann und soll man einzelne AdressatInnen für das große Ganze verantwortlich machen? Ist die Welt besser, wenn es die Deutsche Bank nicht mehr gibt? Kann Nadelstichtaktik weiterhelfen oder wann ist sie nur Selbstbestätigung, überhaupt noch etwas zu tun? Ist es o.k., nach Häuserräumungen oder zum Irakkriegsbeginn auch mal irgendwelche Läden zu smashen? Kann das Attackieren einzelner "player" vielleicht das Funktionieren des bösen "game" aufzeigen? Sind image-Beschmutzungskampagnen sinnvoll etc.etc. Erinnert Ihr Euch?
Die aktuelle antideutsche Rhetorik hat unserer Ansicht nach auf diesem Feld mit dazu geführt, dass diese Fragen mehr und mehr nur noch mit der Antisemitismusbrille gesehen werden und frühere wichtige Debatten damit verdrängt und negiert werden, oder noch schlimmer, man überhaupt nichts mehr macht, weil man ja so viel falsch machen könnte! Und dabei fordert Ihr doch selber ein, dass der Selbstreflexions- und Auseinandersetzungsprozess auch praktische Konsequenzen haben muss (vgl. Punkt 6)!

Sehr interessiert uns ja auch, liebe Flora, wen genau Ihr denn mit Eurer Kritik ansprecht, dass die "(konkrete) kapitalistische Arbeit und Produktion [...] positiv verklärt" wird? Wir mögen nicht wirklich glauben, dass Ihr diesen Vorwurf der radikalen Linken machen wollt, die sich ja bekanntlich immer so unglaublich darum reißt, kapitalistisch ausgebeutet zu werden und dies dann auch noch schön findet...
An wen denkt bzw. mit wem redet Ihr hier? K-Gruppen? Gewerkschaften? ATTAC? Wir glauben ja nicht, dass die die interim so oft zur Hand nehmen... Wir hingegen ja schon – und deshalb wünschen wir uns darin schließlich Texte, die genau uns angehen, die uns im besten Falle vom Hocker reißen, die uns aufregen oder freuen, weil sie genau uns meinen! Und wenn dann Euer konkretes Praxis-Beispiel für die verkürzte Kapitalismuskritik die Forderung nach der Tobin-Steuer ist – sorry, da sollen wir weiterlesen und fröhlich mitdiskutieren???
Wenn Ihr nicht konkreter werdet damit, wen genau Ihr wann meint (die radikale Linke herself? Die Linke allgemein? Bestimmte Gruppen?), halten wir Eure Hoffnung, dass der Text weiterführende Diskussionen in der radikalen Linken anregt für ziemlich aussichtslos.

Nicht, dass alle immer schon alles gelesen, gedacht und diskutiert hätten und man Inhalte, Ansätze und Grundsätze nicht immer wieder hinterfragen und neu formulieren sollte – außerdem nehmen ja auch immer wieder neue Leute an den Diskussionen teil und prägen diese. Aber wenn Euer Text da am längsten ist, wo es um theoretisch-historische und abstrakte Herleitungen geht, die schon vielfach an dieser und anderer Stelle geschrieben und diskutiert wurden und es bei den Konsequenzen und konkreten Praxen dann so mau aussieht, dann ist zumindet unser Interesse an der Debatte schnell erlahmt.
Bei der Diskussion um das Fahnengeschwenke (Punkt 5)

...hatten wir den Eindruck, dass Ihr es Euch da mit niemanden so richtig verderben wollt und das dann schön umschreibt mit dem bekannten "wir sind ja gegen gut-und-böse-Weltbilder"...
Zum ganzen Thema Israel und Nahost wollen wir hier nicht ausführlicher eingehen, das wurde schon vielfach hier und andernorts diskutiert; aber unsere grundsätzliche Kritik an Eurem Text, dass Ihr es Euch mit vielen Dingen ganz schön einfach macht, trifft auch hier zu: Wenn Israel als Brückenkopf des US-Imperialismus bezeichnet wird, könnt (oder wollt) Ihr offensichtlich nur noch "antisemitisches Stereotyp" sehen und kritisieren (Punkt 2 Antisemitismus in der deutschen Linke) – wir denken allerdings, dass Israel diese Funktion durchaus auch innehatte und zum Teil immer noch hat und sich gerade die radikale Linke der Komplexität und Widersprüchlichkeit genau auch in diesem Fall stellen muss – Ihr argumentiert doch selbst an so vielen Stellen gegen plumpe gut/böse Rhetorik!

Und zu guter letzt wollen wir Euch zum Abschluß noch einmal bei folgender Frage deutlichst widersprechen:

Spaltung oder Auseinandersetzung (Punkt 6)

Wir wollen tatsächlich nicht mehr mit solchen diskutieren, die sich selbst nicht mehr als Linke bezeichnen und halten da Eure Unterstellung, man wolle damit eine "ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung umgehen" für Blödsinn! Viele derjenigen, die sich selber allzu gerne noch hier und da als Linke bezeichnen, wie manche GRÜNE o.ä. schließen wir ganz klar aus unseren Zusammenhängen aus – aber diejenigen, die sich selbst ganz klar außerhalb der Linken stellen und die Linke als Teil des Problems sehen, die sollen wir als Teil in unseren Zusammenhängen begreifen? Nein Danke!!!

In der Hoffnung, dass dieser Text Euch nicht hauptsächlich in weitere Theorie- und Textarbeit stürzen lässt (obwohl wir über 'ne Reaktion natürlich entzückt wären), sondern wir uns vor allem auch auf der Straße wiedersehen...

Die interim Redaktion der Nummer 601

In Between

Der folgende Beitrag war ursprünglich als Antwort auf das Flora-Papier "The Good and The Evil" gedacht.
Angesichts weiterer inzwischen erschienener Texte ist er ein wenig erweitert worden.

I

Eines der Grundmerkmale aller Debatten der letzten Monate und Jahre um Antisemitismus, die "Antideutschen", die deutschen Verhältnisse und die Bahamas lässt sich folgendermaßen beschreiben:
Ein wesentliches Element der pathischen Projektion im Antisemitismus ist traditionell die Vorstellung, dass eine Machtclique aus Medien, Politik, und Wirtschaft die Meinungsfreiheit zum Thema Juden und / oder Israel beschränke. Man darf nichts gegen die israelische Politik sagen, wissen AntisemitInnen beispielsweise. Das jedoch stachelt sie umso mehr dazu an, dies eben doch zu tun; mit möllemannscher Tabubruchgeste schreien sie es mutig heraus "Man wird ja wohl nochmal Scharon kritisieren dürfen!" Der Rest der Geschichte verläuft nach ebenso bekanntem Muster: Die "Kritik" der AntisemitInnen wird eine antisemitische Hetztirade; jemand stellt eben dieses fest, und dann wissen die AntisemitInnen: "Sobald man hier Israel kritisiert, wird man als Antisemit beschimpft." Der Wahn des Antisemiten lässt sich im Allgemeinen mit der Feststellung entlarven, dass niemand die Kritik der israelischen Politik verbietet (natürlich funktioniert die Entlarvung nur für die ZuhörerInnen, die AntisemitInnen selbst können sie nicht annehmen: selbst wenn sie zugestehen würden, dass kein explizites Verbot existiert, heißt das für sie nur, dass ungeschriebene Regeln um so wirkungsmächtiger sind).
In den linken / linksradikalen Debatten zum Thema gibt es nun seit einigen Jahren eine Abweichung vom diesem Musters. Die pathische Projektion der AntisemitInnen ist Fleisch geworden, die Inkarnation heißt Bahamas. Plötzlich gibt es tatsächlich Leute, die sagen: ja, Scharon zu kritisieren, ist antisemitisch. Für die TrägerInnen des antisemitischen Ressentiments erfüllen sie damit eine ganz wunderbare Funktion. Endlich kann man auf jemanden zeigen und es beweisen: seht her, da will uns jemand verbieten, die israelische Politik zu kritisieren.

Das Problem, das wir sehen, liegt nun aber nicht nur bei den offenen AntisemitInnen selber. In der linken / linksradikalen Debatte spielt die Funktion, die Bahamas & Co in dieser Konstellation haben, eine nicht unwichtige Rolle. Sie kann erstens in überschäumendem Antideutschen-Bashing münden, wie dies im Zeck-Beitrag von Kim Holland aus der Gruppe Kritik und Diskussion der Fall ist. Dieser Text liefert keine Kritik der Bahamas, sondern ein ressentimentgeladenes Geschimpfe, das noch hinter der Abgrenzung von der Bahamas die heimliche Unterstützung derselben wähnt, weil die verhassten Antideutschen ja so geschickt wie verdeckt arbeitsteilig agieren: Bahamiten überall. Kein Wunder – ohne offen antisemitisch sein zu müssen, kann so an der oben beschriebenen wunderbaren Beweisführung teilgenommen werden. Um es richtig krachen zu lassen, reicht aber die Relevanz der Bahamas nicht aus, deshalb muss ihr gleich eine mehr oder weniger offen agierende SympathisantInnenszene beigeordnet werden. Nebenbei rechtfertigt das Pamphlet dann noch die Angriffe auf die Demonstration vom 24.4. und betätigt einen alten, paranoid-autoritären Mechanismus, der in der Linken viel zu oft Kritik und Diskussion verhindert hat: mit dem Vorwurf des Denunziantentums – hier gegenüber Gaston Kirsche, der in "Strafexpeditiönchen" Gruppen genannt hatte, die sich gegen die Demo stellten – und dem Hinweis auf den gegnerischen Repressionsapparat – den VS – wird jegliche Selbstreflexion unterbunden. Warum die Zeck einen solch unterirdischen Artikel abdruckt, ist uns nicht verständlich. Erklären können wir es uns nur aus einer Art Versuch in journalistischem Pluralismus, der "jede Seite beleuchten" will. Heraus kommt dabei aber keine Pro und Contra-Debatte im Rahmen einer Problemdiskussion – heraus kommt im Fall des Kim Holland-Textes nur ein "Seht her", das die Entzückung der TrägerInnen des Ressentiments reproduziert, die endlich die Inkarnation ihrer Projektion gefunden haben.

Einen zweiten Umgang mit dem Problem, das die Funktionslogik von Bahamas & Co. für die linke / linksradikale Debatte darstellt, finden wir im Papier der Flora. Neben vielen guten und richtigen Gedanken wird hier wird an prominenter Stelle, nämlich u.a. durch Titel und Adorno-Schlusszitat, nahegelegt, dass das Hauptproblem das Freund-Feind-Denken sei: was dem Antisemiten sein Ressentiment gegen alles jüdische, ist also den Antideutschen ihre Identifikation mit Israel. Dass die Beschreibung von Elementen des Antisemitismus wie die Kritik der antiimperialistischen Phrase ›Mensch oder Schwein‹ eine begrüßenswerte Sache ist, steht außer Frage. Mit einer Darstellung wie der eben beschriebenen erscheinen jedoch die Antideutschen als Parallelphänomen zum Antisemitismus. Man versucht, mit einem einzigen Argument gegen grundverschiedene Positionen anzugehen, und verfehlt das problematische Moment der Debatte um Antisemitismus in der Linken. Das politische Problem ist nicht das Lagerdenken, das Problem ist nicht, dass sich zwei Lager jeweils als Gut und die anderen als Böse projizieren. Das Problem ist, dass es Leute gibt, die weiterhin mit antisemitischen Stereotypen im antizionistischen Gewand hantieren. Diese Leute produzieren solche Lager noch da, wo es sie gar nicht gibt, um ihre Position halten zu können: Antideutsche überall, wie dann eben auch Kim Holland phantasiert.
Mit der Flora-Haltung "einerseits sind wir gegen Antisemitismus - andererseits wollen wir auch nicht mit jenen zusammenarbeiten, die Antisemitismus zum Hauptwiderspruch machen" wird lediglich eine äußerst problematische symmetrische Struktur produziert, die alle qualitativen Differenzen, von denen sich einige aus dem Rest des Papiers selbst ergeben, wieder vergessen macht: weder mit "den einen" noch mit "den anderen" will man sich gemein machen. Auch, ob jemand die israelische Besatzungspraxis in der Westbank oder dem Gaza-Streifen verharmlost oder die Shoah relativiert; ob es um eine brutale, leider alltägliche, aber selbst im derzeitigen internationalen Vergleich (u.a. Darfur, Syrien, Iran, Irak, Tschetschenien...) noch ziemlich durchschnittlichen Repression oder um Auschwitz geht, ist dann gleich. Das aber sollte in der politischen Praxis eben einen entscheidenden Unterschied machen.

Während also die erste Variante auf Entdeckung der Real-Werdung einer antisemitischen Wahnvorstellung als Angriffsziel einsteigt und sich damit selbst disqualifiziert, wird im Flora-Papier ein schlichtes Abgrenzen vom Freund-Feind-Denken daraus. Wir glauben nicht, dass man damit die Probleme der Debatte zu fassen kriegt.

II

Insgesamt waren wir von "The Good and the Evil" zunächst einmal angetan. Das Diskussionsangebot, das der Text macht, wollen wir gerne annehmen und hoffen, dass die Auseinandersetzung in der Linken dieser Stadt zum Thema Antisemitismus tatsächlich durch eine solche Positionierung vorangebracht wer-

den kann. Kritisch sehen wir aber nicht nur die oben beschriebene Problematik und einen Stil, der mit seinen vielen "vielleicht" und "möglicherweise" oftmals arg im Vagen bleibt: das Papier hinterließ bei einigen von uns den Eindruck, dass hier versucht wird, sich jenseits eines Konfliktes zu positionieren, von dem es aber kein ‚jenseits' gibt, sondern allenfalls ein ‚dazwischen', ein ‚mittendrin'. Kritik haben wir auch an einigen weiteren Punkten, die wir im Folgenden ausformulieren werden.

1. Die Debatte um Antisemitismus lässt sich unserer Ansicht nach nicht einfach, wie im Florapapier versucht, mit der Ausdifferenzierung einer linken Analyse vom alleinigen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit über die triple oppression bis hin zur "heteronormativen Matrix" als Momente gesellschaftlicher Repression in eine "Reihe" stellen. Wir stimmen zu, dass es in der radikalen Linken "kaum nennenswerte kollektive Auseinandersetzung" dazu gab, aber es gab seit Bestehen der Linken eine Auseinandersetzung um die "Judenfrage" (also die Antisemitenfrage). Es gab immer Stimmen innerhalb der Linken, die sich – auch in den eigenen Zusammenhängen – dem Antisemitismus entgegenstellten. Die Frage ist, warum diese Stimmen selten gehört wurden. Auch gab es diverse Stimmen, die nach 1967 vor dem Antizionismus warnten. Eine ganze Reihe von nicht nur jüdischen GenossInnen stellte sich gegen die antiisraelischen Vernichtungsdro-hungen, die auch aus der deutschen Linken zu hören waren. Einige von ihnen waren selbst AntizionistInnen gewesen und mussten die Erfahrung machen, dass sich in der antizionistischen Linken die Kritik an Israel antisemitisch artikuliert. Erinnert sei hier nur an eine hitzige Debatte 1994 in der ZECK, weil Ingrid Strobl auf einem Vortrag Israel anerkannte. Diese antisemitismuskritischen Stimmen wurden in der Linken oft nicht gehört, häufig marginalisiert und sind heute nicht selten vergessen. Einige kehrten gerade deswegen der Linken den Rücken oder wurden "exkommuniziert". Dieses Überhören, Ignorieren und Unterlassen gerade seitens der deutschen Linken ist der eigentliche Skandal, hatte sie doch 1945 eine Verpflichtung gegenüber den Opfern der Nazis übernommen.
Die chronologische Ordnung, mit der das Flora-Papier den (Nicht-)Umgang der Linken mit dem Antisemitismus auch der eigenen Zusammenhänge zu fassen versucht, führt unserer Ansicht nach in die Irre, da sie die zentrale Bedingung der Verweigerung jener Auseinandersetzung nicht benennt. Es ist zu lesen, "auf Druck von Frauen und MigrantInnen" seien Sexismus und Rassismus thematisiert worden. Die von rassistischer, sexistischer Gewalt und heteronormativer Zurichtung Betroffenen haben in und von der Linken Solidarität gefordert. Sie haben sich Gehör verschafft, es waren emanzipatorische Akte der unmittelbar Betroffenen. Im Unterschied zu den Jüdinnen und Juden waren sie aber nicht vom Versuch der totalen Vernichtung betroffen gewesen. Sie konnten ihre Stimmen noch erheben. Da die jüdischen Stimmen in Deutschland zum Verstummen gebracht waren, kann man es sich hier leisten, mit Verfechtern einer antiemanzipatorischen Ideologie wie dem antisemitischen Antizionismus »im Gespräch« zu bleiben. Es werden sich kaum mehr Jüdinnen und Juden finden, die von der Linken einfordern, endlich mit jenen zu brechen, die noch immer mit reaktionären Bildern, geschichtsrevisionistischen Assoziationen oder antisemitischen Stereotypen hantieren.
Bei aller unbestrittenen Relevanz der anderen Widersprüche war durch die Shoah die Monstrosität des Antisemitismus unbezweifelbar geworden, was die Verweigerung der Auseinandersetzung zu einer wesentlich größeren Lücke macht als sie es bei im Flora-Papier ist. Erst diese Lücke produziert auch genau jene "Stellvertreterposition", die der "Antideutschen Linken" oft unterstellt wird; und nur aufgrund dieser Leerstelle in der Neuen Linken war es jahrelang möglich, die Debatte um den Antisemitismus zu verweigern.

2. In diesem Kontext haben wir noch eine Anmerkung zur Einschätzung der »Opfer der Opfer«-Rhetorik im Flora-Papier: Diese Formulierung ist für uns mehr als nur moralisch verkleidete »Schuldabwehr«, denn sie wird explizit nur auf die PalästinenserInnen angewendet. Daher ist es, wenn solche Analogien von Deutschen gezogen werden, nicht nur »wahrscheinlich, dass sie dazu dienen, eigene Schuldgefühle abzuwehren«. Sie ist auch aus anderen Gründen zurückzuweisen: mit dieser Formulierung wird eine falsche, nämlich ahistorische Identität von »Opfern« geschaffen. Sie geht die an den historischen Ereignissen vorbei. Indem sie die Israelis (qua dieser Identität) mit den Nazis analogisiert, stellt sie eine latente Aggression oder zumindest eine vorauseilende Rechtfertigung für Aggression dar. Von den "Opfern der Opfer" zu reden, heißt meistens auch, die Shoah zu relativieren. Wenn, wie auf FSK geschehen, Dschenin mit dem Aufstand im Warschauer Ghetto verglichen wird, wird die israelische Regierung zu Nazis, ein nicht nur in Deutschland üblicher antisemitischer Code. Hinter den Überlegungen zur Schuldabwehr als Motiv des Handelns droht die politische Konsequenz desselben zu verschwinden. Die selbstermächtigende Auschwitz-Rhetorik z.B. im Kosovo-Krieg war nicht einfach nur unter »Schuldabwehr« zu subsumieren, mit ihr wurden weiterführende politische Interessen durchgesetzt. Und schließlich wird die Täter-Opfer-Dichotomie in bezug auf den Nahostkonflikt zu selbstverständlich genommen: weder kann der israelische Staat ausschließlich als Täter, noch können die PalästinenserInnen ausschließlich als Opfer begriffen werden.

3. Eine Anmerkung zur Theorie des Antisemitismus: "Antisemitismus als kultureller Code" wird von Shulamit Volkov, der Schöpferin dieser Formel, weiter gefasst als von der Flora. Sie leitet dies aus dem Zerfall der antisemitischen Parteien im Kaiserreich her, der zu einem Einwandern des antisemitischen Theorems in breitere Teile der Gesellschaft führte. "Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war [der Antisemitismus] zum ‚kulturellen Code' geworden. Das Bekenntnis zum Antisemitismus wurde zu einem Signum kultureller Identität, der Zugehörigkeit zu einem spezifischen kulturellen Lager." (Shulamit Volkov: Antisemitismus als kultureller Code, S. 23)

Das zeichnet die Flora nach, unterschlägt aber dann die Konsequenzen dieses Prozesses, die darin bestehen, dass auf Basis dieses Codes ein stiller Konsens produziert werden kann. Volkov schreibt über die Entwicklung zum NS-Antisemitismus: "Für Millionen Deutsche aber und für die Mehrheit der deutschen Juden blieb ‚Antisemitismus' ein kultureller Code. [...] Sie waren sich nicht bewusst, dass die Sprache sich verändert hatte und dass sie nicht mehr in der Lage waren, die Botschaft dieses neuen Antisemitismus zu entschlüsseln." (Volkov, 36) Ein "kultureller Code" ist also nicht einfach eine als »Normalität« vorherrschende Einstellung, sondern eben deshalb ein "code", weil er nicht präsent, sondern abrufbar ist. Er wird zum Erkennungsmerkmal einer politischen Strömung und fungiert als Brücke zu anderen politischen Orientierungen. Gerade hier liegt die politische Brisanz eines gesellschaftlichen Mechanismus, denn der Code kann zur Durchsetzung politischer Interessen abgerufen werden. Wir werfen den AntizionistInnen nicht vor, dass sie in einer Gesellschaft leben, die historisch schuldig ist, sondern dass sie eine Theoriebildung und eine damit verbundene Praxis pflegen, die eine Brückenfunktion zu den größten Feinden jeder Emanzipation erfüllt. Diese politische Aktivität des Antizionismus verschwindet im Papier der Flora hinter der gesellschaftlichen Determination.

4. Das Diskussionspapier der Flora eine Art "Nullpunkt-Papier" und sagt nicht zum Bisherigen, es bleibt an vielen Punkten unkonkret. Damit entspricht es dem gängigen, aber eben unbefriedigenden Umgang des Großteils der linksradikalen Szene mit der jüngeren Geschichte. Was ist heute die Linke in Deutschland, was die Hypothek ihrer Vergangenheit? Kürzlich wurde das Urteil gegen Andrea Klump wegen Beihilfe zum versuchten Mord an 33 nach Israel auswandernden sowjetischen Juden verkündet. Die Auseinandersetzung damit wird den bürgerlichen Medien überlassen, wie zuvor schon jene mit Horst Mahlers Weg von der RAF zu den Nazis. Die "antiimperialistische" Szene, bzw. jene Teile der Linken, die deren Erbschaft angetreten haben, beschränkt sich auf das Herunterbeten der ewig gleichen Phrasen.

Die radikale BRD-Linke war (und ist in nicht geringen Teilen bis heute) eine antizionistische Linke. Ihre Kritik an Israel war keine allgemein staatskritische, wie das Flora-Papier nahe legt,

sie war eine spezifische Ablehnung des zionistischen Staates. Nur aus dieser Geschichte erklärt sich, warum die Behauptung, israelische Fahnen seien eine "Provokation", für viele Linke konsensfähig ist. In diesem Antizionismus wurde ein Antisemitismus wiederbelebt, der zum Teil klassische, zum Teil aber auch bis dahin ungekannte Merkmale aufweist. So wird er heute noch seitens des B5-Spektrums oder auch von Linksruck vertreten. Wie soll mit jenen Teilen der Linken umgegangen werden, die nach wie vor das antiimperialistische Paradigma verfechten, antisemitisch argumentieren und mit reaktionären Strömungen Bündnisse schließen?

Im Papier heißt es, dass solche Inhalte, wie sie seitens nicht weniger Gruppen immer wieder vertreten werden, "keine Basis für eine weitere politische Zusammenarbeit" seien. Das ist genau das, was beispielsweise im FSK schon vor einigen Jahren beschlossen wurde. Der Flora ist nicht vorzuwerfen, dass sie einen langen Diskussionsprozess durchlaufen hat, aber dass sich jetzt mit diesem Ergebnis nicht konkret zur Vergangenheit geäußert wird, halten wir für einen Fehler. Denn die Versäumnisse der Szene während des FSK-Konfliktes haben maßgeblich zur Eskalation der Situation beigetragen. Sie waren ein Signal für linke Antisemiten, nur weiter penetrant, ignorant und gewalttätig zu sein, um Erfolg zu haben. Es ist daher für uns nicht nachvollziehbar, warum in der Erklärung kein Wort zu diesen Konflikten verloren wird. Man hätte auch leicht z.B. die Palästinasolidarität der B5 mit ihrer antisemitischen Plakataktion nennen können. Der Text kommt jedoch ohne Ort und Träger der Ressentiments aus.
Weiterhin heißt es:

"Umgekehrt sehen wir auch keine Grundlage für eine gemeinsame politische Praxis mit denjenigen Linken, in deren eindimensionaler Weltsicht Antisemitismus so sehr zu dem einen Hauptwiderspruch geworden ist, dass sie immer öfter keine Probleme mehr damit haben, zum Beispiel rassistische und sexistische Inhalte zu vertreten."
Hier stellt sich das gleiche Problem, es fehlt ebenfalls eine Konkretisierung. Ist jetzt nur die Bahamas gemeint oder kann, wer will, Jungle World, konkret oder das FSK auch unter diese Darstellung subsumieren – was absolut falsch wäre, aber passiert, wenn man so diffus formuliert. Das derzeit so populäre "Antideutschen-Dissing" birgt die fatale Tendenz, KritikerInnen, die sich beim besten Willen nicht mit der Bahamas in einen Topf werfen lassen, gleich mit zu entsorgen. So bleibt es ebenfalls eine Formel, mit der jede/r nach Geschmack und Neigung verfahren kann. Auch in den Reihen der Flora wurde die Kritik an den antisemitischen Sendungen von Forum-Radio im FSK zum Teil und aberwitzigerweise für antideutsche Ideologie gehalten, für den Vorwand einer »Säuberung«. Dass gerade die konkrete Nennung von Ereignissen für den Umgang mit Äußerungen zum Thema zentral sind, haben die positiven wie negativen Reaktionen auf das Flora-Papier und die "Hamburger Erklärung gegen Antisemitismus" gezeigt.
5. "[...] Versuche, jetzt aufgrund der aktuellen Zuspitzungen in der Auseinandersetzung kollektive Bestrafungen einzuführen, werden wir nicht mittragen. Hier zeigt sich, dass das Problem in der momentanen Auseinandersetzung nicht nur in einem zu ungenauen oder zu oberflächlichen Begriff von Antisemitismus liegt, sondern auch in einem zu undifferenzierten, pauschalisierenden, nicht selten allein auf Gerüchten basierenden Umgang mit konkreten Vorfällen innerhalb dieser Auseinandersetzung."

Die Bitte, dass Leute, die andere bedrohen, als "Mossad-Agenten" bezeichnen und verprügeln, nicht mehr in der Flora Kampfsport trainieren dürfen, lässt sich kaum als Forderung nach einer "kollektiven Bestrafung" bezeichnen. Ebenso ist die Forderung, solange sich in der B5 nichts ändert, mit dieser nicht mehr zusammen zu arbeiten, eine alltägliche Konsequenz politischer Auseinandersetzungen. Im Falle der FSK-Auseinandersetzung kann auch kaum von "Gerüchten" gesprochen werden, da alles ausführlich dokumentiert wurde. Hier drängt sich die Frage auf, wie Konsequenzen eingelöst werden sollen, wenn die im Papier genannten Standards unterschritten und dies auch auf Nachfrage bestätigt wird. Bei der »In-Kontakt-Redaktion« aus dem B5-Spektrum, die sich den Weg ins FSK geprügelt haben, hat die Flora nachgefragt. Die Betreffenden haben bestätigt, dass sie wieder so handeln würden; es hatte keine Konsequenzen. Sollten mit den "kollektiven Bestrafungen" die Sanktionen einiger Antifas gegen die "Bad Weather"-Gruppe gemeint sein, die tatsächlich aufgrund von Gerüchten erfolgten, wäre das auch einfach so zu formulieren gewesen.

Wegen des Mangels solcher realen politischen und historischen Bezüge tendiert das Florapapier zur reinen Wissensanhäufung über Antisemitismus. Diese ist sinnlos, wenn sie sich nicht in der Praxis niederschlägt. In den letzten Jahren ist genug passiert, die Freunde der nationalen Befreiung haben nie einen Hehl daraus gemacht, wie sie mit jenen, die von ihnen als »Volksfeinde« ausgemacht werden, verfahren wollen.
Das Ende der Auseinandersetzungen - das haben die Messerstiche in Berlin gezeigt - ist noch nicht erreicht.

Loge (Hamburg)
logehamburg@gmx.net

Dokumentation

"noch einmal ganz von vorne?"

so oder so ähnlich heißt es z.zt. für unseren zusammenhang "autonome zelle in gedenken an ulrike meinhof". nachdem wir im august 2003 mit mehreren brandsätzen eine mercedes benz filiale in hamburg-hummelsbüttel, anläßlich der wto proteste in cancun/mexico angegriffen hat sich innerhalb eines jahres bei uns strukturell einiges getan. einige genossinnen haben sich sang und klanglos von uns getrennt und haben sich in ihre "privatnischen" verzogen. die gründe hierfür waren wie so oft desorientierung, ausgebrannt so viel mit dem job, studium, familie...etc zu tun.

das ist alles sehr bedeutend für die autonome szene (dazu werden wir aber später noch was schreiben). der kollektive umgang untereinander, sprich die vernetzung von privatleben und politischen engagement ist in den meisten fällen nicht gegeben. der selbstbetrug schleicht sich allmählich ein. das war nicht immer so (in den 80'er jahren gab's noch viel mehr linke freiräume und politische wg's...), aber im zuge der globalisierung ist eine neue form des kapitalismus entstanden, der gesellschaftliche strukturen und den lebensalltag jeder/s einzelnen noch intensiver mit ausbeutung durchzieht. auch steigt die soziale hierachisierung. das alles hat auch die linke zu spüren bekommen. die letzten jahre haben wir, rückblickend gesagt uns viel zu sehr mit technischen, logistischen sachen rumgeschlagen, die aktionen geplant, durchgeführt und waren am ende froh über den entstandene sachschaden und über die pressemeldung.

das war zu wenig, viel zu wenig. diesbezüglich ist in den letzten jahren auch schon einiges von anderen militanten genossinnen geschrieben und gesagt worden. vorallem die von der mg (militante gruppe) eröffnete militanz-debatte (für eine militante plattform) hat viel dazu beigetragen, daß endlich mal wieder der versuch unternommen wurde, sich besser untereinander auszutauschen, zu organisieren (beispielsweise die gekoppelten aktionen gegen sozialämter und arbeitsämter im zuge der anti-hartz proteste) und sich auch inhaltlich (neu) zu positionieren. wir haben es nie geschafft (obwohl wir die anfragen von z.b. der antiimperialistischen gruppe – aktionszelle pierre overney bezüglich unserer politischen vorstellungen militanter politik schon mitbekommen haben) uns in die diskussion einzubringen, weder mit inhaltlichen beiträgen, geschweige den mit militanter intervention. wie schon bereits anfangs erwähnt ging es uns um die planung und durchführung der aktionen und inhaltlich lagen/liegen unsere schwerpunkte in der antiglobalisierungsbewegung und antikriegspolitik. wir denken, daß die militanz debatte einem endlich wieder raum und zeit gibt, um sich intensiver mit solchen problemen auseinanderzusetzen.

für uns ist auch zu klären, warum wir uns ständig rechtfertigen müßen, warum wir diesen kollektiven umgang untereinander nicht mehr hinkriegen, warum wir uns ständig neue grabenkämpfe liefern, warum alte genossinnen (z.b. auch aus der raf) keinerlei interesse an mehr haben, etwas über ihre geschichte zu erzählen/ zu vermitteln. zu diesem punkt fallen uns jetzt auch die interviewgespräche von z.b. daniel dubbe ein (nautilus verlag) und die filmreihe die meist parallel dazu liefen. gerade bei solchen veranstaltungen konnte man sehen (zumindest in hamburg) wie groß da interesse an diesem themenkomplex ist. aber die anschließende diskussionen, die sich manchmal noch ergaben, spiegelten diese unwissenheit über diese damalige zeit wieder (oder es wurde die meinung der "geschichtsverfälscher" verwendet – stammheim todesnacht...).

die mg aus berlin hat mittlerweile auch hiezu viel geschrieben und ist (wenn wir uns mal die gesamte diskussion um "militanz" angucken) federführend. von ihr geht die meiste initiative aus. sie scheint strukturell, logistisch und kollektiv gut organisiert. allerdings (und das haben ja schon mehrere beobachten können) scheint es, als daß sich nicht sonderlich viele gruppen oder einzelpersonen an der diskussion beteiligen – dafür hält sie aber erstaunlich lange an. ihr schreibstil ist (das problem haben sie ja schon selbst angesprochen...(siehe interim nr. 600) manchmal sehr abgehoben und gerade für jüngere menschen nicht mehr nachvollziehbar. auch wir haben nicht marxismus/leninismus studiert und manche vorstellungen sind in unseren augen da nicht mehr zeitgemäß. unsere militanten aktionen waren eigentlich immer nur ein reagieren. als etwas anderes haben wir das auch nie verstanden. was am ende von solchen "massenweise"? ausgeführten aktionen stehen kann/ ein programm – evtl. der kommunismus, war uns immer viel zu abstrakt und geschichtlich (ex-ddr, ex-sowjetunion, china) überholt. auch diese formen von staatenpolitik haben gezeigt, daß es am ende doch nur wieder um die machterhaltung geht und das hat nicht mehr viel mit unseren vorstellungen emanzipatorischer revolutionärer befreiung zu tun.

beispielsweise war das konzept von che guevara "der neue mensch" theoretisch gut ausgefeilt, aber in der praxis nicht umsetzbar. also wenn wir schon vom kommunismus sprechen (im klassischen sinne...), dann müßen wir ihn auf die heutige, schnelllebige, globalisierte, turbokapitalistische welt neu definieren. uns ging/geht es vielmehr um ein leben ohne ausbeutung und unterdrückung, ohne rassismus, umso mehr verstanden/verstehen wir eine aktion auch nur als einen! (von vielen anderen) beitrag, um projekte/initiativen mehr ins rampenlicht der öffentlichkeit (der gesellschaftlichen) zu rükken. wir verteidigen uns, denn das system hat sich u.a. zu seinem ziel gesetzt (vor allem, aber nicht nur, in den kapitalistischen ländern) jede außerparlamentarische linksrevolutionäre bewegung mundtot zu machen. die angriffe auf globalisierungsgegnerinnen in göteborg oder die todesschüße und prügelorgien der ital. bullen in genua, die massenabschiebungen von menschen in ihre folterländer, die räumungen von besetzten linken freiräumen hier in der brd und und und (die liste ist ja bekanntlich sehr lang), zeigen uns mit welcher härte es hier zugeht und wie wenig die gesellschaft darauf reagiert im gegenteil, gerade im zuge der sozialproteste gab/gibt es im osten deutschlands einen totalen rechtsdrall. die, die eh schon wenig bis gar nichts haben, treten lieber auch schon mal unten.

die linksradikale "bewegung" hat beispielsweise hier militant agiert, aber in den medien, sowie auf dem sog. montagsdemos eher marginalisiert. dort fehlen inhaltliche ausgearbeitete konzepte, die eine echte! alternative zur kapitalistischen verwertungslogik bieten. ansonsten werden die rechts konservativen kräfte im medienbereich weiterhin die braune brut mit schlagwörtern bedienen, die dann zu brandsätzen gegen flüchtlinge ect. werden. aber noch einmal zurück zur gesellschaftlichen veränderung. wir denken, daß viele menschen etwas anderes wollen, nur wenige sind allerdings auch ernsthaft bereit etwas dafür zu übernehmen, verantwortung ist eines davon. die verantwortung der wahrung von menschlichkeit – von der solidarität; der zärtlichkeit der völker.

fakt ist aber auch (und da zitieren wir jetzt mal einen genossen der sich auch mal so seine gedanken zur militanz gemacht hat:) "es gibt in deutschland für einheimische heute nahezu keine not oder repression in einem ausmaß, die offenkundig zum widerstand im eigenen materiellen interesse zwingt. es gibt keine autonome partei. es gibt kein autonomes manifest. es gibt keine übergeordnete linksradiklale disziplinierungsorgane, es wird höchstens darum ständig gestritten. es gibt in der szene keine individuellen absicherungen, die mit institutionen wie familie oder rentenkasse konkurrieren können. es gibt viele möglichkeiten sich "anderweilig zu verwirklichen". das heißt das bewegen in der linksradikalen szene ist ein ständiger kampf um sicherheiten und wege und alle sind freiwillig darin und können sich jederzeit anders entscheiden. ....."

wie bereits anfangs erwähnt, befindet sich unsere gruppe in auflösungserscheinungen, die wir z. zt. durch intensive inhaltliche diskussionen/ zielsetzungen versuchen werden zu stoppen. eines ist uns aber klar, wie auch immer das hier ausgehen wird.
sie, die herrschenden, sie haben die kanonen, die fabriken, das geld, aber wir haben die menschlichkeit!

die genossin andrea wolf, die in den bergen kurdistans vom türkischen militär ermordet wurde, sagte einmal: "wir müssen härter werden, ohne unsere zärtlichkeit zu verlieren."
in diesem sinne

AUTONOME ZELLE IN GEDENKEN AN ULRIKE MEINHOF
(ulrike meinhof wurde in stuttgart –stammheim knast vom deutschen staat ermordet)

Rote Flora Programm

Festwoche

Montag 01.11.04
Ausstellungseröffnung: Fotos aus 15 Jahren Rote Flora – 18 Uhr
Diskussionsveranstaltung: Flora und die linke Szene: Was ist die Flora für die linke Szene? - 20 Uhr

Dienstag 02.11.04
Kabarett mit Lisa Politt, Ebermann und Trampert, Fanny Müller, u.a. - 20 Uhr

Mittwoch 03.11.04
Workshop zum Thema "Freiraum"
"Pink Silver" Treffen für alle Interessierten - beides um 16 Uhr
Art-Café Veranstaltung zu "Utopien" und Filmabend zum Thema 15 Jahre Rote Flora - 20 Uhr

Donnerstag 04.11.04
Diskussionsveranstaltung:
Antisemitismus in der Linken
20 Uhr

Freitag 05.11.04
Konzert mit Kante & Tigerbeat
22 Uhr

Samstag 06.11.04
Tischtennis-Brunch 11 Uhr
Aktionstag 15 Uhr
15 Jahre Flora Party
von autonomer Hopsmusik bis Dub + Modenschau - 22 Uhr

Sonntag 07.11.04
"Tag der offenen Floratür" mit Führungen durch die Flora - 12 Uhr
Café und Kuchen - 14 Uhr
"Talk-Show" Flora und die Schanze Diskussionsrunde mit AnwohnerInnen und Interessierten - 18 Uhr

November

Donnerstag 04.11.04
HC-Konzert: Kontrovers (DK: metallischer crustpunk mit female/male vocals auf putrid filth) **Collos** (trashcore aus italien) **DIE!** (ebenfalls flotter old school hc aus italien
22Uhr

Freitag 12.11.04
HC-Konzert: Silence (PL)
21Uhr

Samstag 13.11.04
Konzert: Turbostaat
22Uhr

Freitag 19.11.04
Konzert: Obrint Pas + Black Baudelaire
OBRINT PAS aus dem katalanischen, den Weg freimachen. Genau das verkörpert die wohl bekannteste katalonische Gruppe in ihrer Musik. Ein Mix aus Ska-Reggae-HC-Folklore, kombiniert mit traditionellen Klängen der Dolzeina, einer viel gespielten Flöte aus der Region Valencia.
21Uhr

Donnnerstag 25.11.04
Konzert: Barrahead
21Uhr

Freitag 26.11.04
Les-Bi-Schwuler Club Carola
23Uhr

Samstag 27.11.04
Trashcore Konzert:
Destroyer + Ksk
22Uhr

Dezember

Freitag 03.12.04
Konzert
HH Punk Leistungsgruppe Maulich, Suffrakete

Samstag 04.12.04
Shanty Town Sound
23 Uhr

Sonntag 05.12.04
HC- Konzert

Freitag 10.12.04
Punk-Konzert
Peace of Mind, El Mariachi
20 Uhr

Samstag 11.12.04
HC-Konzert

Freitag 17.12.04
Reggae-Keller Hamburg e.V.
23 Uhr

Samstag 18.12.04
Reggae-Soliveranstaltung für das Stubnitzschiff
23 Uhr

Samstag 25.12.04
Nebucatneza, Goa (Psy- und Progessive Trance), Reggae, Drum&Bass
22 Uhr

Regelmäßige Flora Termine:

Montag ab 19 Uhr Kochsession veganes Essen ab 17 Uhr offene Motorradwerkstatt-schrauben und klönen 18.30 – 21 Uhr Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen **Dienstag** 18-23 Uhr Dubcafe **Mittwoch** 19 Uhr "Wie es auch gefällt-art-cafe **Donnerstag** 19.30 Uhr Anti-Castor Cafe jeden 1.+3 ab 19 Uhr Kochkollektiv veganes Essen 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen **Samstag** food not bombs veganes Essen **Sonntag** ab 17 Uhr Cafe Niemandsland richtige Politik, echter Kaffee und frischer Kuchen Studio F (FSK 93,0) sendet ganztätig aus der roten Flora